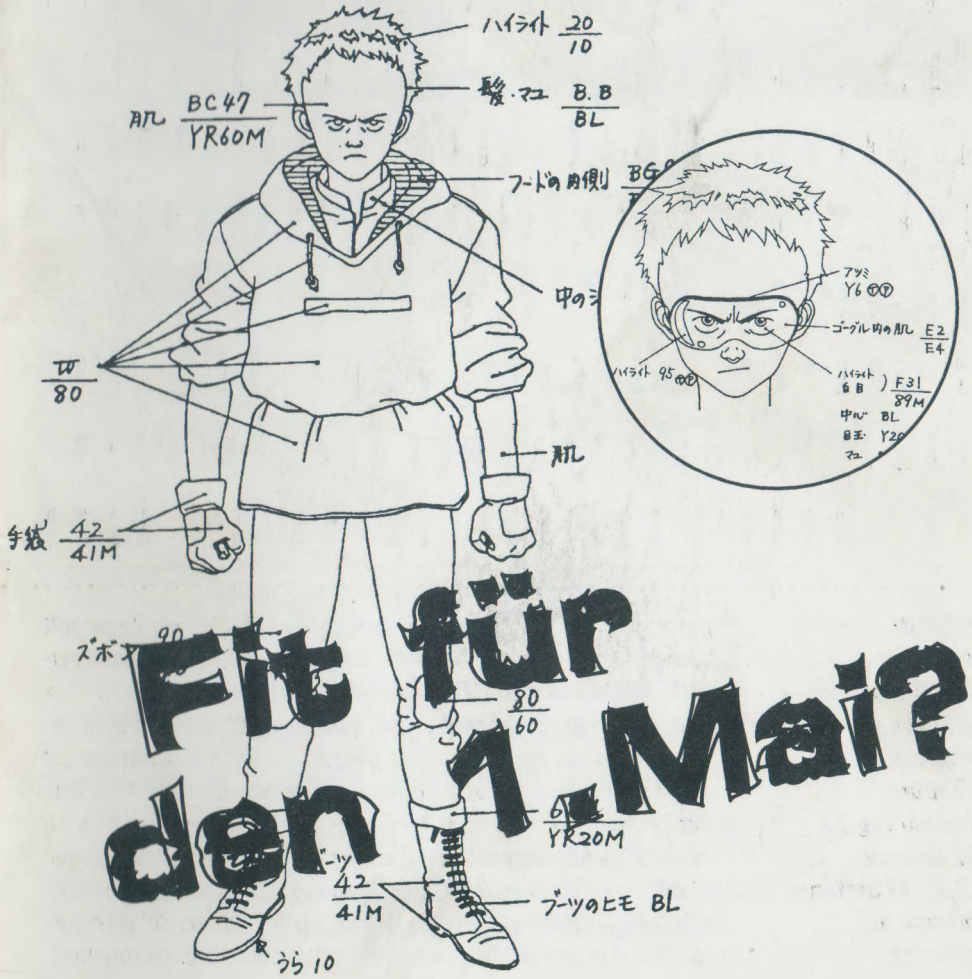
FRENTE

antifaschistisches jugendinfo leipzig

16
1998
Frühling
kostnix!



Fit für den 1. Mai?

Editorial

Uns gibt es also noch - von menschlichem Versagen und technischen Pannen könnte hier die Rede sein, aber das ist alles in allem nur peinlich und kann Euch demzufolge nicht ernsthaft interessieren. Oder doch?

Mir wurde aufgetragen, auf gar keinen Fall Besserung zu versprechen, denn schließlich würde dann

IMPRESSUM
Herausgeber:
FRENTE-Redaktion
in der Antifa -
Jugendfront
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
V.i.S.d.P.: F. Stefan
Eigendruck im
Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Die Abbildung verfassungsfeindlicher Symbole im Heft erfolgt nur aus dokumentarischen Gründen und nicht im Sinne ihrer inhaltlichen Weiterverbreitung.

die Überraschung versaut...ich weiß gar nicht, was es da noch zu versauen gibt.
Weiter gibts nichts zu sagen, der Rest steht drin.

4 - 1.Mai, wir sind dabei
8 - news von rechts
27 - Saalfeld, Deutschland
34 - Leisnig, just another brown town?
38 - Presseinfo antifaschistischer Gruppen
39 - NPD
44 - Mord in Leipzig - Prozessrückblick
6 - Wurzen, Einschätzung des Bündnis gegen Rechts Leipzig
56 - Tips & Trix für Antifas

>Antifa heißt Angriff<

Am 1.Mai den Naziaufmarsch verhindern!

Leipzig, 1.Mai 1997

Die Generalprobe in Passau ist den Nazis gelungen. Ca. 5.000 Faschisten übten fleißig im Sitzen, was sie am 1. Mai auch wieder auf der Straße demonstrieren wollen - einen Naziaufmarsch. Nicht irgendeinen, wie wir ihn in der letzten Zeit schon oft erleben mußten, sondern den größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Zwischen 10.000 und 15.000 Teilnehmer werden von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation den Jungen Nationaldemokraten (JN) in Leipzig erwartet.

Nachdem am 1. März vorigen Jahres 5.000 von der NPD/JN mobilisierte Nazis in München gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" des Hamburger Institutes für Sozialforschung demonstrieren konnten, mußten sie am 1. Mai in Leipzig eine herben Rückschlag einstecken. Der großmäulig angekündigte Aufmarsch von 10.000 Nazis, die sich "Stück für Stück die Straße zurückerkämpfen" wollten (Holger Apfel, JN-Bundesvorsitzender), fiel ins Wasser. Dies änderte jedoch nichts an dem Führungsanspruch der "rechtsextremen" Partei innerhalb der faschistischen Szene. Mittlerweile ist die Niederlage vom Vorjahr längst vergessen und spätestens mit der erneuten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung, diesmal in Dresden, hat sie ihre Führungsrolle manifestiert. Ca. 1.200, vor allem aus Sachsen kommende Nazis, demonstrierten am 24.01.1998 in der Elbstadt für die Ehre der Wehrmacht und der Waffen-SS. Nur zwei Wochen später folgte der "Bundeswahlkongreß" in Passau. Hier liefen erstmals nach 19770 (der Demonstration der von der NPD unterstützten "Aktion Widerstand", welche "Willy Brand - an die Wand" forderte) und nach der Demonstration in München wieder 5.000 Faschos auf. Diesmal war der Schauplatz zwar eine Halle, aber die Nazis waren deswegen nicht weniger präsent und gefährlich.

Bündnis gegen Rechts (Leipzig)

Dieses Jahr ist es nicht vorgesehen, eine zentrale Antifaschistische Gegendemonstration, die nur im Polizeicordon enden kann, zu organisieren. Protest gegen die rassistischen und faschistischen Parolen muß dort stattfinden, wo die Nazis sie skandieren werden.
Am 1. Mai werden verschiedenste Veranstaltungen und Kundgebungen in alter Manier begangen werden. Die traditionelle 1. Mai Kundgebung des DGB auf dem Sachsenplatz in der Innenstadt, die Demonstration vom Leipziger Süden (Connewitzer Kreuz) zu der Gewerkschaftsveranstaltung. Kleinere Kundgebungen im Süd-Osten der Stadt werden bzw. sind bereits von verschiedenen Leipziger Parteien und Organisatoren angemeldet. Weißeplatz, Wasserturmstraße, wahrscheinlich Messegelände sind Treffpunkte, die an diesem Tag genutzt werden können. Dezentrales Konzept bedeutet demnach nicht sich als Grüppchen heldenmütig in Polizei bzw. Naziansammlungen hineinzustürzen, sondern sich in kleineren aber auch größeren Gruppierungen auf bzw. an der Naziroute zu treffen.
Nur dort läßt sich der Naziaufmarsch effektiv be- und verhindern, wie die Gegenaktivitäten in Dresden vor allem aber München gezeigt haben. Blockiert die Naziroute, wo immer ihr die Möglichkeit dazu habt! Verhindert, daß die Reden und Parolen der Faschisten gehört werden können! In München gelang es die Abschlußkundgebung der Nazis durch eine Streckenbesetzung zu verhindern, in Dresden übertönte Glockengeläut die Rede des NPD-Vorsitzenden und ärgerten sich die Kameraden über Schneebälle der Antifas. Leipzig kann das erste große Desaster eines NPD-Aufmarsches werden. Anders als bisher wird niemand auf einer Antifademo festhängen. Alle die protestieren wollen, sind auf dem Weg zu den Nazis. Überlegt Euch also möglichst vorher, daß Ihr als Gruppe zur Naziroute geht. Nutzt jede Möglichkeit zum Eingreifen!
Kein Fußbreit den Faschisten - den Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!
KLAROFIX, April '98

Es ist nicht geplant, in sicherer Entfernung von den Faschos eine Demonstration durchzuführen, denn wir wollen den Faschoaufmarsch verhindern! Das geht natürlich nur dort, wo die Faschos sind. Kommt deshalb alle zu den Treffpunkte:
1. Völkerschlachtdenkmal, ab 8.00 Uhr (11.00 Uhr soll der Faschoaufmarsch dort beginnen)
2. Sachsenplatz, 9.00 Uhr
3. Weißeplatz, 9.00 Uhr
Nähere Informationen unter 0341-9405407 (Infoschleife) und 0177-335114700: Mo.20.00-22.00 Uhr; Do. 16.00-20.00 Uhr, ansonsten Anrufbeantworter.

Guten Morgen, Antifa!
"Antifa heißt Ausschlafen" haben wir vor einem Jahr ironisch konstatiert. Aber angesichts der Entwicklung der Naziaktivitäten und den Reaktionen der Antifa, die in letzter Zeit diesen Spruch wohl etwas zu wörtlich genommen hat, heißt es am 1.Mai, den Naziaufmarsch unbedingt und mit allen Mitteln zu verhindern. Nach Stavenhagen, Dresden und Passau, wo die Aktivitäten der Nazis nicht verhindert werden konnten, gilt es ihnen jetzt in Leipzig, oder wo immer am 1.Mai die Faschos auch aufmartschieren wollen, eine herbe Niederlage zu bereiten.
Mit dem Verbot des Aufmarsches ist dieses Jahr nicht zu rechnen, da die NPD ihn als Wahlkampfveranstaltung deklariert hat. Außerdem umgeht sie mit ihrer frühzeitigen Anmeldung - knapp ein Jahr im voraus - einer Verbotsverfügung, die mit dem Polizeinotstand begründet wird. Wir

gehen davon aus, daß die Faschos dieses Jahr auf alle Fälle unter dem Schutz der Staatsgewalt marschieren dürfen.
Auch die Zahlen von 10000 bis 15000 Nazis halten wir für realistisch, da die Mobilisierung schon seit fast einem Jahr läuft und die Nazis in der Zone schon längst das Zahlenverhältnis zu ihren Gunsten gekippt haben. Auch der Aufmarsch in München und der "Kongreß" in Passau haben gezeigt, daß der überwiegende Teil der Nazis aus dem Osten kommt. Und genau für diese Ossis muß nun die NPD ein symbolisches Zeichen - in Form eines Aufmarsches im Osten - setzen, um sie weiterhin an sich binden zu können.
Anfang 1998 hat sich vor Ort ein Bündnis linker und liberaler Gruppen zusammengefunden, um den Naziaufmarsch am 1.Mai zu verhindern.

Das Bündnis könnte in der Lage sein, durch entsprechende Arbeit im Vorfeld eine Öffentlichkeit gegen den Aufmarsch zu schaffen; das und die dadurch mobilisierten Menschen werden den Aufmarsch aber nicht allein verhindern können. Fakt ist, daß es im Osten keine linksliberale Öffentlichkeit gibt, die sich - wie in München am 1.3.1997 - massenhaft den Faschos entgegenstellt. Um so wichtiger ist es, daß sich alle autonomen AntifaschistInnen am Tag selbst ernst nehmen und sich nicht auf einer traditionellen 1.Maidemo anhören, wie "schlecht" es um die soziale Lage im Lande bestellt ist. Statt dessen sollte mit aller Kraft versucht werden, den vermutlich größten Faschistenaufmarsch der letzten Jahrzehnte zu verhindern.
Wer beim 1.Mai an die Revolution denkt, muß sich zuerst den völkischen Revolutionären entgegenstellen. Denn angesichts der gesellschaftlichen Situation müssen wir konstatieren, daß es kaum noch möglich ist, das Thema der sozialen Frage mit Erfolg von links zu thematisieren.

Die NPD/JN in Sachsen

Die NPD und JN gelten ja schon seit längerem als Auffangbecken für sowohl militante als auch nicht-militante Faschisten. Aber spätestens seit dem Naziaufmarsch in München ist sie auch wieder die aktivste und erfolgreichste Organisation im Nazispektrum geworden. Und nirgendwo wird dies deutlicher als in dem braunen Landstrich im Osten des Landes. Das Konzept der "befreiten Zonen" ist hier größtenteils umgesetzt. Dies bedeutet: Akzeptanz der Naziaktivitäten in der Bevölkerung dank des rechten Konsens; nicht-akzeptierte Menschen, vor allem MigrantInnen, vertrieben; jede Woche eine Party oder ein Konzert mit zum Teil 1.000 Teilnehmern und zu guter Letzt aller Vierteljahre ein Naziaufmarsch allein in Sachsen (1. Mai 97 in Grimma - 200 Nazis, 5.Juli 97 in Zittau - 500 Nazis, 29.November 97 in Görlitz - 300 Nazis, 24.Januar 98 in Dresden - 1.200 Nazis).

Schon seit der Wende 1989 legen die Nazis besonders große Bemühungen auf den Freistaat Sachsen und die sogenannte "Heldenstadt" der "friedlichen Revolution" - Leipzig. Der Wille, nach der Niederlage im Vorjahr erneut in Leipzig demonstrieren zu wollen, verdeutlicht nochmals nachhaltig das besondere Interesse des NPD-Bundesvorstandes an der organisierten und noch zu organisierenden Naziszene in Sachsen. Schließlich verfügt die NPD hier mit ihren 19 Kreisverbänden über ein nahezu flächendeckendes Netz und auch über das Mitgliederpotential: 1.000 der bundesweiten ca. 5.000 Mitglieder. Allein in Leipzig, wo auch der stellvertretende Bundessvorsitzende der NPD, Jürgen Schön, wohnt, hat die NPD über 200 Mitglieder und damit den größten Kreisverband überhaupt. In Dresden befindet sich seit dem Zuzug von Oliver Händel (JN-Bundesvorstand) und Katharina Handschuh (Bundesmädelbeauftragte der JN) seit Oktober 1997 die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten. Daß mit Oliver Händel einer der Organisatoren des Münchener Aufmarsches nach Sachsen gezogen ist, dürfte dabei kein Zufall sein.

Laut Verfassungsschutz will die NPD ab jetzt ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, bei den sächsischen Landtagswahlen 1999 einen "Prestigeerfolg" zu erzielen. Bis zu den Kommunalwahlen will die NPD deshalb versuchen, in allen Kreisen Verbände zu gründen, die ihre Kandidaten aufstellen. Selbst die berüchtigte Wurzener Kameradschaft will sich nach Eigenaussagen am Wahlkampf der NPD beteiligen.

Aber auch bei bundesweiten und internationalen Parteiaktionen spielen die "Kameraden" aus Sachsen eine wichtige Rolle. So fuhren nach München und Passau jeweils mehrere Reisebusse aus Leipzig, Wurzen, Dresden und Weißwasser ab. In Passau war der sächsische LV mit 600 Abgeordneten der stärkste und die Leipziger Kameraden durften sogar den Saalschutz übernehmen. Zu den Franco-Gedenktagen nach Spanien fuhr der Bus mit den 60 deutschen Delegierten der NPD ebenfalls aus Sachsen ab.

Neben dieser strukturellen Organisation und der Parteiarbeit spielt für die NPD/JN in Sachsen aber auch die Integration von militanten Neonazis eine große Rolle. Mehrere "autonome Kameradschaften" finden den Weg in die parteilichen Strukturen, ohne dabei ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. So verwundert es auch nicht, daß der bekannte Wurzener Kameradschaftsführer Markus Müller seit über einem Jahr den KV Muldentalkreis führt. Eben jener Markus Müller, der auch bei dem Nazi-Überfall auf den Zug nach Dresden am 24.01.98 beteiligt war - neben anderen bundesweiten Kadern, wie Sascha Wagner oder Ulli Diehl. Als weiteres Beispiel ist die Aufnahme der "Nationalen" zu nennen, welche in Sachsen nach der Selbstauflösung teilweise komplett in die NPD eintraten.

Bündnis gegen Rechts (Leipzig)

Jürgen Schön, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD

Siehe auch unbedingt weiter hinten: Tips & Trix für Antifas!

NEWS VON RECHTS

Rechtsextreme Gewalt hat zugenommen

Laut Bundeskriminalamt hat die rechtsextreme Kriminalität zugenommen. Bis Ende September habe das BKA 5173 rechtsextreme Straftaten registriert, 14% mehr als im Vorjahr. Derzeit sind etwa 47 000 Rechtsradikale, 2000 mehr als im Vorjahr, in Zusammenschlüssen aktiv. Zum ersten Mal seit 1993 hat es wieder eine Zunahme der Mitgliederzahl gegeben. Desweiteren registriert das BKA ein immer größer werdendes Interesse an rechtsradikaler Musik. So fanden in den ersten neun Monaten des Jahres 1997 79 Konzerte (mehr als doppelt soviel wie 1995) mit Nazibands mit jeweils bis zu 1600 Besuchern statt. Das dürften aber nur die offiziellen Zahlen sein. In diese Statistik fallen sehr viele Übergriffe von Neonazis auf nicht in das Rasterbild der Faschisten passende Menschen raus, d.h. wo keine Straftat mit rechten Hintergrund für die Polizei erkennbar war. Desweiteren fallen alle unorganisierten Neonazis (sprich die ohne Mitgliedsbuch o.ä.) und "privaten Geburtstagsfeiern" aus der Statistik.
Die Mitgliederstärke der NPD in Sachsen ist dieses Jahr auf etwa 800 im Gegensatz zu 1996, wo 300 Mitglieder der NPD waren, angestiegen. Der Verfassungsschutz rechnet damit, daß die NPD Chancen im Wahljahr 1998/99 hat, lokal in Land- oder Kreistage einzuziehen.
Weiterhin wurde festgestellt, daß an den deutschen Universitäten etwa 15% der Studenten rechts und rassistisch eingestellt sind. Durch zahlreiche Übergriffe auf ausländische Studenten, ist die Zahl der an deutschen Unis studierenden ausländischen Menschen um 25% zurückgegangen.

Wahljahr 1998/99

1998/99 ist wieder Großwahljahr. Neben Bundestag wird der Landtag und auf kommunaler Ebene neu gewählt. Wiederum sind rechte Parteien am Start. Die NPD und DSU treten 1998 in Sachsen-Anhalt nicht an, da sie formale Fehler bei der Anmeldung begingen. Desweiteren tritt die NPD 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg (in 12 Wahlkreisen) und 1999 in Sachsen (Schwerpunkt Leipzig) an. Die NPD kündigte in einem Strategiepapier ihre Teilnahme an den Kommunalwahlen im Frühjahr und an den Landtagswahlen im Herbst 1999 an.
Zu der Bürgermeisterwahl in Leipzig am 5.April 1998 forderte der ehemalige Parteivorsitzende der NPD, Günther Deckert, im Oktober 97 Wahlunterlagen an, aber trat nicht an.

Geburtstagsfeier eines Nazikaders

Am 4.10.97 fand in Fuchshain (Muldental) in einer Gaststätte die Geburtstagsfeier des Leipziger Fascho-Kaders und NPD-Mitgliedes Dirk Amende (29, Bild) statt. Unter den 200 anwesenden Neonazis befanden sich viele Faschos aus dem Muldentalkreis. Amende hatte schon immer einen Hang zu großen Geburtstagsfeiern. Am 5.9.1993 feierte er in einer Gartenkneipe am Möckernschen Weg seinen Geburtstag. Mehrere

Nazibands, wie z.B. Kroizfoier und Oistar Proper traten vor etwa 100 Gästen aus Wurzen, Eilenburg, Gera und Chemnitz auf.
Dirk Amende war ehemals Mitglied der DVU und trat Ende 1990 mit Andre Kulczak (immer noch Leipzig-Probstheida) in die FAP ein. 1993 fungierte er für die FAP als stellv. Landesvorsitzender und Schatzmeister. Zuletzt trat er im Zuge des gescheiterten Naziaufmarsches am 1.Mai in Leipzig bei Klebeaktionen der NPD (vergl. Frente 14 u.15) und bei dem Naziaufmarsch in Görlitz am 29.11.97 als Ordner in Erscheinung.

FVB-Aufmarsch in Lübeck

Am Samstag, den 4.10.97, versuchten etwa 40 Faschisten des "Freiheitlichen Volks Block" (FVB), darunter mehrere Neonazis aus Halle, in Lübeck aufzumarschieren (s. Bild unten). Die Demo wurde am 2.10. vom Lübecker Nazikader Ulrich Schwetasch unter dem Motto "Mehr Sicherheit durch Recht und Ordnung" für einen "Bürgerkreis Lübeck" angemeldet. Am Nachmittag des 4.Oktobers versperrten etwa 50 Antifas den Nazis den Weg und zeigten, daß sie nicht den Faschisten die Straße überlassen wollten. Kurz darauf wurden die FVBler von der Polizei festgesetzt, da sie eine Radfahrerin mit den Worten "Stirb, du scheiß Zecke" zu Boden gerissen hatten. Unter den Festgenommenen befanden sich Thomas Scharf (FVB, Nürnberg) und Thekla Kosche (Anti-Antifa, Bad Segeberg). Am 28.3.98 sollte ein weiterer Aufmarsch der FVB in Bad Segeberg stattfinden, der jedoch abgesagt wurde (siehe auch Frente 15). Aufgefallen ist der FVB außerdem bei einer Busfahrt zu den Franco-Gedenktagen 1997 in Spanien. Der Bus fuhr im sächsischen Riesa ab. Mit von der Partie waren dabei Markus Müller und Daniel Forwerg aus Wurzen. Die FVB-Faschisten kloppten sich bei der Franco-Demonstration mit anwesenden NPD/JN-Nazis, die von FVBler als liberale Laschies bezeichnend worden und wobei mehrere Neonazis bei dieser Aktion verletzt worden sind.

Nazi-Saalschutz für Burschenschaftler

Am 12.11.97 lud die Burschenschaft Franco-Germania Halle zu einem Vortrag mit dem Neonazi Klaus Weinschenk unter dem Motto „Sind wir

Deutsche noch zu retten?" ein. Die Veranstaltung fand in dem Haus der Sängerschaft Fridericiana in Halle statt. Anwesend waren Burschenschaftler und Corporierte der Burschenschaften Franco-Germania Halle, der Plessavia Leipzig, der Landsmannschaft Vitebergia, des Corps Palaiomarchia und einige Kaderfaschos. Den Saalschutz für den bekennenden Neonazi Weinschenk übernahmen die Faschos des FVB Halle (siehe Frente 15). Die protestierenden Antifas wurden von der Polizei aus dem Saal gedrängt.

Brandanschläge auf Döner-Stände aufgeklärt

Von der Polizei wurden Mitte November 1997 drei versuchte Brandanschläge auf Döner-Stände in Chemnitz aufgeklärt. Zwei Jugendliche (18 und 19 Jahre alt) wurden festgenommen. Die zwei Faschos sind schon vorbestraft und gaben als Grund für die Überfälle Ausländerfeindlichkeit an.

Überfalle von Nazi-Schlägern in Leipzig und Umgebung

Anfang/Mitte November letzten Jahres fanden sich mehrere Meldungen über brutale Überfälle von Neonazis auf andere Jugendliche in der lokalen Presse. Diese hier dokumentierten Übergriffe stellen jedoch keine Einzelfälle dar, sondern fanden ihren Weg als Lückenfüller in den Medien an die Öffentlichkeit.
Ende Oktober wurde ein Migrant und seine Begleiterin in Lindenau von mehreren Faschos angegriffen und verletzt.
Zwei Neonazis überfielen am 12.11.97 ein 15jähriges Mädchen und mißhandelten sie in einem Hausflur in der Bernhardstraße in Leipzig-Volkmarsdorf. Sie schlugen auf sie ein und forderten von ihr Geld. Als das Mädchen vor Schmerzen aufschrie und zu den Tätern "Nazischweine" sagte, traktierten die Faschos sie mit einem Messer. Die Täter konnten unerkannt flüchten.
Bereits am Abend des 5.11. letzten Jahres prügelten drei Faschos in der Straßenbahnlinie 15 in Grünau auf ein 16jähriges Mädchen ein und verletzen sie schwer. Die Täter konnten festgenommen werden, wurden aber wieder auf freien Fußes gesetzt. Der 18jährige Haupttäter muß sich zudem an einem Anti-Gewalt-Kurs (Plastelina-Kneten und so) in der Richard-Lehmann-Straße teilnehmen.
Am 14.November wurde in Grünau in der Lützner Straße ein 19jähriger von zwei Nazis überfallen und krankenhausreif geschlagen. Die Täter wurden ebenfalls festgenommen.
In letzter Zeit häufen sich Überfälle von Faschos auf andere Jugendliche und Asylbewerber, gerade in Grünau, Lindenau und Stötteritz. So werden alle Straßenbahnstrecken von der Polizei als Einsatzschwerpunkte betrachtet. Mehrere Überfälle gehen auch von Kneipen aus, die als Treffpunkte von Faschisten bekannt sind, so z.B. der „Steinhaufen" am Adler, das Café „Zum Schotten" am Lindenauer Markt oder die Kneipe „Wilde Sau" in der Zschochersche Straße.
Vermehrt gab es auch Übergriffe auf der S-Bahn-Linie Leipzig-Wurzen. Am 7.12.97 wurden zwei Jugendliche von Neonazis in der S-Bahn zusammengeschlagen und schwer verletzt. Wochen zuvor wurde ebenfalls ein 16jähriger Jugendlicher von Faschos mit Fußtritten traktiert. Eine offiziell alkoholisierte und geistig verwirrte 47jährige Frau hat am 16.2.98 in der Straßenbahn Linie 15 drei Ausländer mit einem Messer bedroht und sie auf die übelste Art und Weise rassistisch beschimpft. Die Frau wurde festgenommen.

Stadt Wurzen ausgezeichnet

Am 20.11.1997 zeichnete der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen, Dr. Horst Waffenschmidt, in Köln die Sieger im dritten Bundeswettbewerb für "Vorbildliche Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland aus. Der Stadt Wurzen wurde dabei eine Bronzeplakette übergeben. Waffenschmidt war Anfang dieses Jahres erneut wegen seiner Tätigkeit im "Verein für das Deutschtum im Ausland e.V. (VDA)" in die Kritik geraten. Bis 1993 war Waffenschmidt Mitglied des Verwaltungsrates dieses Vereins mit Verbindungen ins rechtsextreme Lager. In dieser Zeit waren Projekte zur "Zusammenführung deutschstämmiger Bewohner im Ausland mit 213 Millionen DM aus Bundesmittel vom VDA durchgeführt worden. Die Überwachung dieser Projekte zur Schaffung "deutscher Volksgruppen" unterlag zeitgleich dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Dr. Horst Waffenschmidt. Wohlgemerkt Staatssekretär im Innen-, nicht im Außenministerium. Nachdem der Bundesrechnungshof eine Überprüfung der Verwendung der Bundesmittel durch den VDA durchgesetzt hatte, wurde Anfang des Jahres Regreßforderungen in Millionenhöhe gegen den VDA erhoben.

Die Auszeichnung Wurzens für sein Engagement bei der Integration von "Volksdeutschen", die aus dem Ausland in die Bundesrepublik "zurückkehrten", kennzeichnet sowohl Waffenschmidts, als auch Wurzens Politik.

Bereits in der Nacht vom 23. auf den 24.August 1991 griffen Wurzener Rechtsradikale das Flüchtlingsheim der Stadt an. Die Flüchtlinge mußten fliehen und seitdem ist in Wurzen kein zweites Flüchtlingsheim errichtet wurden. Die Angriffe auf alle Ausländer setzten sich in der Folgezeit systematisch fort. Der Umstand, daß sie immer seltener wurden und werden, belegt nur eins: immer weniger ausländische Menschen halten sich in Wurzen auf. Während dieser ganzen Zeit kam es nicht zu einem einzigen Überfall auf Aussiedler. Inzwischen wurde in Wurzen ein zweites Aussiedlerheim eröffnet.

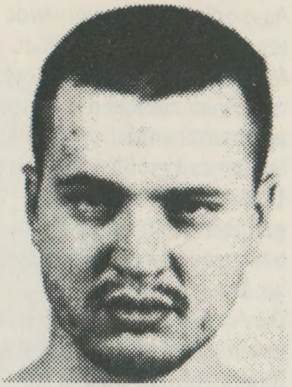
Auch im nahegelegenen Gerichshain wird der Unterschied zwischen "deutschstämmigen" und ausländischen Menschen anerkannt. Als nach der bundesweit größten Feier des "Hitlergeburtstag" 1996 die faschistische Dorfjügend mit dem Bürgermeister um eine feste Bleibe verhandelt, galten gemeinsame Fußballspiele mit Aussiedlern als Argument.

Die Auszeichnung Wurzens ist kein Signal für eine entspanntere Situation in der Stadt gegenüber "Fremden". Sie paßt in die Unterscheidung von Volksdeutschen und Ausländern, die der faschistische Mob und Dr. Horst Waffenschmidt teilen. Die Auszeichnung kann nur als Bestärkung der rechten Kreise im Bundesinnenministerium für die Politik in der Kleinstadt gewertet werden. Ziel dieser Politik ist ein ausländerfreies Wurzen in der braunen Zone Muldentalkreis. Die Aussiedler können dabei nicht einmal als Feigenblatt für den offen zu Tage tretenden Rassismus gelten.

Weiterhin ist Wurzen in die Schlagzeilen mit der bestehenden Ehrenbürgerschaft von Hitler geraten. Diese bestand noch und wurde schnellstmöglichst vom Stadtrat getilgt. Weitere Städte, wie Torgau, waren von dem Vorwurf der noch heute gültigen Ehrenbürgerschaft Hitlers betroffen. Diese waren nach 1945 nicht gestrichen worden.

Tickenden Zeitbomben vor Gericht - Berliner Nazis wegen Mord verurteilt

Seit dem 8.August letzten Jahres wurde am Lübecker Landgericht über den Berliner Neonazi Kay Diesner verhandelt. Kay Diesner erschoß am 23.2.97 bei einer Routinekontrolle einen Polizisten. Drei Tage zuvor schoß er mit einer Pumpgun in Berlin einen linken Buchhändler lebensgefährlich an. Diesner war Mitglied des Weißen Arischen Widerstandes und war Anfang der 90er in der Berliner Nazizentrale in der Weitlingstraße fest integriert. Diesner sah sich selber bei dem



Prozeß als Freiheitskämpfer und Märtyrer, der in einer Notwehrsituation gegenüber dem Staat gehandelt hat. Anfang Dezember wurde er zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.
Ebenfalls aus dem Umfeld von Diesner (Bild) standen zwei weitere Nazis vor Gericht. Am Berliner Landgericht stehen Lutz Schillock und Detlef Nolde (beide Mitglieder der "Nationalen" und der Kameradschaft Treptow) wegen zweifachen Mordes vor dem Richter. Die Angeklagten hatten am 16.April97 nach einem Streit zwei Neonazis der "Nationalen" aus Wittenberg, unter ihnen der Kameradschaftsführer der Kameradschaft Elbe-Ost Chris Danneil, erstochen. Die Neonazis kamen gerade von der Verlobungsfeier des bekannten Berliner Faschisten Mike Penkert (Kameradschaft Beusselkietz/Berlin). Die zwei Täter wurden Mitte Dezember verurteilt. Schillock erhielt eine 14 jährige Haftstrafe und Nolde eine Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten. Verteidiger der beiden Neonazis waren die in der rechtsradikalen Szene bekannten Anwälte Hans-Günther Eisenecker, Wolfram Nahrat (ehemals Wikingjugend) und Joachim Ehlke.
Mitte Dezember 97 durchsuchte die Staatsanwaltschaft 17 Wohnungen von Mitglieder der oben schon erwähnten Kameradschaft Treptow. Neben den schon üblichen rechtsradikalen Propagandamaterialien fand die Polizei Waffen, vom abgesägten Gewehr bis zum Baseballschläger, und eine vorbereitete Bombe. Diese Bombe wurde bei einem 17jährigen gefunden, der ein Anschlag auf ein Mitglied der Jungen Genossen in Berlin plante.

Grimmaer Polizist wegen Naziaktivitäten suspendiert

Mitte Oktober 1997 wurde in Grimma ein Polizist vom Dienst suspendiert. Der Beamte, der Mitglied der NPD sein soll, hatte am 1.Mai dieses Jahres für den Naziaufmarsch in Leipzig zwei Busse gemietet.

Überfall auf alternatives Projekt "Plaque" in Leipzig-Plagwitz

In der Nacht vom 24. auf den 25.Oktober 97 überfielen das alternative Wohn- und Kneipenprojekt "Plaque" etwa 30 Nazis. Die Angreifer zerstörten einen Großteil der Fenster der Vorderfront, drangen in die Kneipe ein und zertrümmerten die Einrichtung. Zwei Gäste wurden durch Fußtritte verletzt, der Kulturredakteur der LVZ verletzte sich auf der Flucht. Der Angriff hatte sich im Vorfeld schon angekündigt. Es wurden Aufkleber und Plakate der NPD am und sogar im "Plaque" geklebt und Autos von Besuchern demoliert. Dieser Angriff war der schwerste Überfall der letzten Jahre auf ein alternatives Projekt. Ebenfalls kam es im Oktober zu Übergriffen von Nazis in Connewitz. So klirrten die Scheiben einer Kneipe in der Biedermannstraße und von einem Auto in der Stockartstraße. So geschehen am 17.10. Die Täter hinterließen beide Male Aufkleber der NPD/JN. Zwei Tage später schmissen todesmutig NPDler am Connewitzer Kreuz Flugis aus dem fahrenden Auto.

Ausschreitungen von Nazis beim Fußball

Etwa 100 Neonazis aus Leipzig, Muldentalkreis sowie Torgau-Oschatz randalierten bei dem Zweit-Liga-Spiel VfB Leipzig gegen FC St.Pauli am 2.11.97. Dabei wurden Transparente mit den Aufschriften wie "Keine Macht den Zecken" und "Ha, Ha, Ha - Antifa - Scheiß St.Pauli" angebracht. Regelmäßig werden bei Fußballspielen rassistische und faschistische Sprüche und Chöre ab-

gelassen, das Spiel gegen St.Pauli stellt jedoch für die Faschisten ein größeren Stellenwert dar, da der Fußballclub aus Hamburg als "Zecken"-Club verschrien ist.
Federführend bei der Randale war Mark Hildebrand aus dem Jürgen Schön - Umfeld in Gohlis. Anfang 97 verletzten er einen Jugendlichen schwer. Ebenfalls war er bei dem Prozeß um die Ermordung von Bernd G. (vergl. Frente 15) anwesend. Hildebrand fiel schon Ende der 80er in der damaligen DDR in Leipzig-Schönefeld mit seiner rechten Einstellung und brutalen Art auf. So war er z.B. maßgeblich an einer Massenschlägerei zwischen Faschos und Punks am 18.2.1989 im damaligen Club "CAL" (jetzt Disco Queen in der Ossietzky-Straße) und bei den Ausschreitungen im Mai 1990 um den Schönefelder Jugendclub "Jörgen Schmidtchen (Sack)" beteiligt (Leipzig ganz Rechts S.19). Hildebrand war ebenfalls mit Dirk Zimmermann (ex-FAP) und Rene Lehr (ex-NF) an einem Überfall auf das Eilenburger Asylbewerberheim am 4.10.1992 beteiligt.

Nazis vor Gericht

Mitte Dezember 97 standen vier Nazis wegen schweren Landfriedensbruch und versuchten Totschlages vor dem Leipziger Landgericht. Die Täter hatten im Januar 1997 in einer Disko in Pressel (Landkreis Delitzsch-Eilenburg) randaliert, „Sieg Heil" durch das Mikrofon gebrüllt und Lieder von rechtsextremen Bands abspielen lassen. Einem Ordner, der eingriff, wurde am Kopf schwer, zwei weiter leicht verletzt. Die Angeklagten erhielten geringe Haftstrafen und Bewährungstrafen.
Desweiteren standen Mitte Februar dieses Jahres die vier Nazis erneut vor Gericht, die im April 1995 in Buchenwald in das Gästebuch ein Zitat von Mörder Heß eingeschrieben hatten. Diese wurden August 1997 freigesprochen, was eine Welle der Empörung auslöste und die Staatsanwaltschaft ging daraufhin in Berufung. Nun wurden erneut die Urteile gefällt und die Angeklagten zu geringen Strafen verurteilt. Einer wurde wegen seinen Vorstrafen zu 3 Jahren und 2 Monaten verurteilt.

Brauner Bürgermeister

Der Bürgermeister von Waldenburg bei Chemnitz ist in das Gerede nicht nur bei Landespolitikern gekommen. Der 40jährige Karsten Loos (CDU) verteilte Anfang Dezember letzten Jahres Flugblätter der rechtsextremen „Schutzgemeinschaft für das Deutsche Volk" im Waldenburger Rathaus. Ein Jahr zuvor, Dezember 1996, fiel Loos durch einen Artikel im Amtsblatt „Waldenburger Stadtbote" zum Thema Ausländer, in dem er fremdenfeindliche Äußerungen abließ, auf. Die sächsische CDU sieht jedoch keinen Handlungsbedarf gegen den Bürgermeister.

Wintersonnenwendfeiern von Neonazis

Zu einer Wintersonnenwendfeier haben sich am Samstag, den 20.12.97, etwa 100 Faschos aus Sachsen auf dem Privatgelände des sächsischen NPD-Vorsitzenden Winfried Petzoldt in Roda bei Mutzschen (Wurzen) getroffen. Eingeladen hatte dazu der NPD-Kreisverband Leipzig und die sächsische JN. Dabei trat im Rahmen des kulturellen Programmes (Runenwächteln, Lagerfeuer und so) ein nationaler Liedermacher aus Cottbus auf (der x-te Frank Rennicke-Verschnitt). Im Sommer 97 fand ebenfalls eine Sonnenwendfeier mit 350 Beteiligten auf dem Gelände statt. Gegen 19.30 Uhr verließen die meisten Nazis die Veranstaltung und begaben sich nach Lastau bei Colditz/Grimma. Dort feierten ebenfalls et-

Einladung
zur Wintersonnenwende 1997

Eine Initiative der *NPD* – Leipzig und der *JN* – Sachsen

wa 100 Neonazis in einer Senke auf einem Feld. Eingeladen hatte dorthin der Neonazi-Kader Markus Müller. Unter Trommelwirbel und allerlei Gezaubere sprachen mehrere bekannte Faschisten vom „Glauben an den großen Tag der Deutschen, im Glauben an den endlichen Sieg der Lichtkraft", unter ihnen der ehemalige Vorsitzende der „Nationalen", Frank Schwerdt. Die Zufahrtsstraßen waren generalstabsmäßig mit Straßensperren abgesichert. Um Mitternacht lösten sie sich auf. Die Polizei und der Verfassungsschutz (SoKo Rex) beobachteten die Aktivitäten ohne jedoch einzugreifen.
Zu einer weiteren Sonnenwendfeier hatte Steffen Hupka (NPD, ex-SrA) aus Quedlinburg in die Nähe von Eisleben in Sachsen-Anhalt eingeladen. Dort feierten 100 Nazis der NPD, von Kameradschaften und der Artgemeinschaft e.V. mit Gedichten, absingen von Liedern und Feuersprüchen.
Ein Teil der Kameradschaft Elbe/Ost feierte in einem Waldstück bei Jessen. Hier wurde ebenfalls ein sogenanntes Sonnenfeuer entzündet, um daß sich etwa 30 Neonazis in einem Kreis aus Holzrunen und Fackeln (wie mystisch!) scharrten.

NPD-Aufmärsche in Görlitz und Zittau

Etwa 250 NPD-Nazis marschierten am 29.11.97 durch die Görlitzer Innenstadt. Gegen12 Uhr zogen die Nazis vom Görlitzer Obermarkt unter rechtsextremen Parolen und hinter einem Fronttranspi „Gegen politische Gewalt" los. Unter ihnen bekannte NPD-Kader, wie z.B. Winfried Petzoldt, Jürgen Schön (NPD Leipzig), Dirk Amende (Leipzig) und Kubitzki (NPD Görlitz). Neben den lokalen Kreisverbänden aus Zittau und Görlitz bzw. Sächsische Schweiz waren auch die Kreisverbände Leipzig, Plauen, Muldental, Oberlausitz und Torgau-Oschatz anwesend. Die Leipziger NPDler trugen ihr aus München (1.März 97) bekannte Transpi „Unsere Väter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie" bei sich. Der Aufmarsch dauerte etwa eine dreiviertel Stunde. Im Anschluß gab es Übergriffe von Faschos auf

Gegendemonstranten. Bei einem Gerangel mit aufgebrachten Bürgern und Gegendemonstranten starb ein Polizist an Herzversagen.
Im Bild vorne links: Holger Zimmermann.
Eine weiteren Aufmarsch von NPD/JN-Nazis fand am 21.3.1998, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, in Zittau statt. Etwa 300 Neonazis zogen unter rassistischen und faschistischen Parolen durch die Stadt. Das Motto der Demonstration war „Arbeit zuerst für Deutsche". Etwa 250 Gegendemonstranten wurden von der Polizei auf Distanz gehalten.

Nazikonzerte in Thüringen und Leipzig aufgelöst

Am 20.12.97 fand ein Fascho-Konzert mit der Kasseler Naziband „Hauptkampflinie" in nordthüringischen Beuren statt. Die Veranstaltung, die als Geburtstagsfeier deklariert war, wurde von der Polizei am späten Abend aufgelöst und 187 Faschos aus dem gesamten Bundesgebiet festgenommen. Zahlreiches rechtsextremes Propagandamaterial wurde sichergestellt. Anfang September sollte schon einmal ein Konzert mit Nazibands in Triptis/Thüringen stattfinden, was ebenfalls aufgelöst worden ist. Damals wurden 15 Neonazis von einem Schnellgericht zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt.
Ein weiteres Nazikonzert fand am 29.11.97 in Leipzig statt. Die Veranstaltung wurde gegen Mitternacht durch 130 Bereitschaftspolizisten aus

Leipzig, Torgau, Grimma und Chemnitz in einer Gartenkneipe in der Kleingartensparte „Gartenfreunde West" (s. Bild) an der Merseburger Landstraße aufgelöst. Dabei wurden 9 Personen verletzt, da die Faschisten sich mit der Polizei prügeln mußten. Sieben Nazis wurden festgenommen mehrere Reichskriegsflaggen und Hakenkreuzembleme sichergestellt. Die etwa 200 Teilnehmer kamen aus Sachsen und aus dem gesamtem Bundesgebiet.

Nazikonzerte, die nicht aufgelöst wurden

Am 14.11.97 fand ein Fascho-Konzert mit den „Weißen Riesen" aus Riesa im sächsischen Niederranschütz statt. Eingeladen dazu hatte der MC „Highway Wolves". Juristische Auseinandersetzungen gab es im Nachhinein mit den Motorradclub, als eine Stadträtin aus Döbeln dem Verein rechtsradikale Einstellungen und Zusammenarbeit mit Faschisten vorwarf. Die Unterlassungsklage des MC „Highway Wolves" wurde jedoch vom Gericht im Januar dieses Jahres zurückgewiesen.
Am 27.12.97 fand ein Fascho-Konzert in dem Berliner Stadtbezirk Mitte statt. Mehrere Bands u.a. „Freikorps" und „Radikahl" nebst zwei ausländischen Gruppen traten auf. Unter den 800 angereisten Neonazis befanden sich mehrere Nazi-Skins und Faschos aus Leipzig und Umland.
Weitere Nazikonzerte fanden am 18.10.97 bei Naumburg und am 25.10.97 in Annaberg-Buchholz mit der Naziband „Störfaktor" statt. In der Nähe von Saalfeld in Heilsberg spielte am 29.11.97 die Faschoherde „Reichsturm".
Dieses Jahr fanden Nazikonzerte am 31.Januar in Kleinpelsen bei Mügeln (Leisnig) in der Disco „Halli Galli" mit fünf Bands, u.a. Oiphorie, Spreegeschwader und Konkwista 88 vor etwa 400 Besuchern, und am 17.Januar 1998 in Pirna statt. Unter den etwa 450 nach Pirna angereisten Nazi-Skinheads befanden sich etliche aus Leipzig und Umland, sowie Wurzen, Grimma und Torgau. Das Konzert wurde später von der SoKo Rex aufgelöst. Ebenfalls fand am 21.3.98 ein Fascho-Konzert in Hartha mit mehreren hundert aus der Bundesrepublik angereisten Faschisten statt.

DVU-Flugblätter verteilt

Ende November/Anfang Dezember wurden mehrmals Postwurfsendungen der DVU in der Leipziger Südvorstadt verteilt. Die Flugis sind für den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt gedacht. Verantwortlich für den Scheiß ist der Fraktionsvorsitzende der DVU in Wandsbek/Hamburg, Heinrich Gerlach.

Neonazis verhaftet

Im Umfeld der Antifa-Demo am 1.11.97 in Freiberg wurden mehrere Personen vorläufig festgenommen. Eine Person wurde verhaftet, weil gegen ihn ein Haftbefehl wegen Körperverletzung und Raubes vorlag. Der Verhaftete war als Rechtsradikaler bekannt.
Ebenfalls im Zusammenhang mit einer Antifa-Demo, der verbotenen Antifa-Demo am 11.10.97 in Saalfeld, wurden 68 Neonazis in einer Gaststätte in der Nähe von Rudolstadt festgenommen. Die Faschos hatten sich in der Kneipe „Heils-

berg" mit einem umfangreichen Waffenlager verschanzt. Es wurden dutzende selbstgebaute Knüppel, Baseballschläger, Äxte, Schreckschußwaffen, Stahlhelme und eine komplette Funkeinrichtung nebst Scanner zum Abhören des Polizeifunkes gefunden und beschlagnahmt. Die Räume der Gaststätte dienten in der Vergangenheit öfter als Treffpunkt für die örtliche Naziszene um die Anti-Antifa-Aktivisten Tino Brandt und Mario Brehme.

Europakongreß der Jungen Nationaldemokraten

Mitte Oktober, am 18/19.10.97, fand in Furth der 4.Europa-Kongreß der JN mit etwa 600 teilnehmenden Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Zerschlagt die EU-Diktatur des internationalen Großkapitals". Aus Sachsen waren mehrere Faschisten anwesend, die von NPD/JN-Kadern gehaltenen Reden lauschten durften.

Nazi-Flugblatt im Umlauf

Anfang Oktober letzten Jahres wurde ein Flugi mit der Überschrift „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung" bundesweit an alle Landesschülervertretungen und Jugendpresseverbände geschickt. Nach den Angaben beträgt die Auflagen dieses 28 seitigen Schriftstückes 110 000 Exemplare. Weiterhin geht hervor, daß das Flugi aus Dresden stammen soll.

Nazi-Sondermarke im Umlauf

Seit letzten Jahr ist eine Gedenkmarke zur Ehren des an AIDS gestorbenen Neonazis Michael Kühnen im Umlauf. Verleger dieser Marke ist der ehemalige Kühnen-Stellvertreter Thomas Brehl aus Hessen. Die Post erklärte dazu, daß es nicht

verboten sei, die Briefmarke als Briefschmuck auf dem Brief zu kleben. Die Post sehe deswegen keine Veranlassung dazu, Briefe mit dieser Marke nicht zu befördern.

Walhalla ruft

In der Nacht vom 21.11. zum 22.11.97 fuhren sich drei führende Neonazis zu Tode. In dem Auto starben zwei Köpfe der Sauerländischen Aktionsfront (SAF), Andree Zimmermann und Thomas Kubiak, die auch mitverantwortlich für den letztjährigen „Heß-Marsch" waren. Mit ihnen erblickte auch Harald T. Mehr vom Donnerversand Walhalla. Ebenfalls verstarb Otto Ernst Remer, einer der Kultfiguren der Neonaziszene, im September letzten Jahres.

Bundesparteitag der NPD im mecklenburgischen Stavenhagen

Am zweiten Januarwochenende fand in dem mecklenburgischen Stavenhagen der 27.Bundesparteitag der NPD statt (s.B.). Etwa 150 Neonazis, u.a. Dirk Amende, Jürgen Schön, Winfried Petzoldt, Jürgen Kraut und Joachim Hößler aus Leipzig aus dem gesamten Bundesgebiet reisten zu dem Parteitag an. Zum neuen NPD-Vorsitzende wurde wieder Udo Voigt gewählt. Thema war auch wiederum der Streit um den Deckert-Flügel innerhalb der Partei, Deckert konnte bei der Wahl nur 15 Prozent der Stimmen verbuchen. Stellvertreter wurden Hans-Günther Eisenecker, Udo Holtmann und der Leipziger Kaderfaschist Jür-

gen Schön. Neu in den Bundesvorstand wurden Roswitha Schumann, Klaus Beier, Jürgen Distler, Jens Pühse, Frank Schwerdt (ex-Nationalen-Vorsitzender) und Steffen Hupka aus Quedlinburg gewählt. Altnazi Manfred Roeder, im Zusammenhang mit den „Skandalen" in der Bundeswehr bekannt geworden, hielt auch einen Vortrag über die Bundeswehr und gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. Geworben wurde auch für den Aufmarsch in Dresden, für die Großveranstaltung in Passau und für den 1.Mai in Leipzig.
Mehrere hundert Demonstranten und Antifas, die gegen den Faschistenparteitag protestierten, wurden von der Polizei auf Distanz zu dem Gasthof gehalten.

NPD-Bundeswahlkongreß in Passau

Am 7.2.98 fand in Passau der Bundeswahlkongreß der NPD in der Nibelungenhalle statt. Die Stadt Passau hatte halbherzig versucht die Veranstaltung zu verbieten, scheiterte wie auch in den Jahren zuvor bei den DVU-Veranstaltungen an der Justiz. In der Nacht zum 7.2. fuhren aus Leipzig an der Wahrener Aral-Tankstelle etwa 100 Nazis mit zwei Reisebusse und zwei Kleinbusse, von einem Großaufgebot von Polizisten beschützt, los. Geworben für die Neonaziveranstaltung wurde Wochen vorher. Busse aus Sachsen fuhren aus allen Regionen des Bundeslandes, vornehmlich Leipzig, Plauen, Dresden und aus dem Muldental dorthin. Etwa 600 Neonazis aus Sachsen waren dort. Insgesamt fanden 4000 Faschisten aus dem gesamten Bundesgebiet den Weg in die Nibelungenhalle. Dort traten mehrere Redner, wie z.B. Udo Voigt, Weinschenk, Hans Günther Eisenecker, Holger Apfel und Frank Schwerdt. Zur musikalischen Unterlegung traten Frank Rennicke, Jörg Hähnel und einige Blaskapellen und Nazi-Rockgruppen auf.
Etwa 2500 Gegendemonstranten beteiligten sich an verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen gegen den NPD/JN-Kongreß. Einige Busse der Nazis und ein Teil der Halle verloren ihre Scheiben. 33 Faschisten und 40 Gegendemonstranten nahm die Polizei, die mit einem Großaufgebot die Veranstaltung massiv absicherte, fest.

Nazirandale in Pößneck

Im thüringischen Pößneck randalierten am 10.1. dieses Jahres etwa 20 Faschisten unter Absingen von Naziliedern und rassistischen Parolen. Die Polizei nahm alle 16- bis 21jährigen fest und stellte Waffen, wie z.B. Schlagringe und Schreckschußwaffen sicher.

Steffen Hupka verurteilt

Anfang März 1998 wurde der NPD-Landesvorsitzender und langjährige Nazikader Steffen Hupka (s.B.) vom Göttinger Landgericht zu sechs Monaten Haft auf Bewährung wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" verurteilt. Dieses Urteil steht im Zusammenhang mit dem letztjährigen versuchten Naziaufmarsch am 1.Mai in Leipzig. Steffen Hupka organisierte eine Ausweichveranstaltung nach Hannoversch-Münden, wo eine auf dem dortigen Marktplatz stattfindende DGB-Kundgebung gestört worden war. Daraufhin nahm die Polizei mehrere hundert Neonazis fest. Hupka legte gegen dieses Urteil Revision ein, bereits in erster Instanz wurde er zu einer ähnlichen Strafe verurteilt.

Neonaziaufmarsch in Erfurt

Am 17.Januar dieses Jahres marschierten etwa 120 Faschisten in der Erfurter Innenstadt auf. Die Demo wurde vom Landesvorsitzenden der NPD, Frank Golkowski, angemeldet, Hauptredner war am diesem Tag Frank Schwerdt (ex-Vors. „Der Nationalen"). Hintergrund dieses Aufmarsches war der Überfall von Faschisten auf zwei Türken in einer Diskothek und stand unter dem Motto „Gegen Gewalt von Ausländern und Linken". Die zwei Angegriffenen setzten sich zur Wehr und verletzten einen angreifenden Neonazi schwer.

Naziterroristen ausgehoben

In Halle wurde am 6.August 1997 bei einer Razzia in einer Wohnung eines Rechtsradikalen ein großes Waffenlager sichergestellt. Neben Waffen und Munition wurden auch selbstgebastelte Bomben gefunden. Der Nazi wurde festgenommen.
Im Raum Meerane/Zwickau wurden Mitte Oktober umfangreiche Waffenarsenale und rechtsextremes Propagandamaterial bei mehreren Wohnungs- und Geschäftsraumdurchsuchungen sichergestellt. Dabei wurde auch ein Waldgebiet bei Meerane durchsucht. Gegen sieben Neonazis im Alter zwischen 25 und 57 Jahren, die teilweise am brutalen Übergriff im Mai 1995 am Stausee Oberwald bei Hohenstein-Ernstthal, bei dem ein Badegast ermordet wurde, beteiligt waren, wurde ermittelt und diese verhaftet.

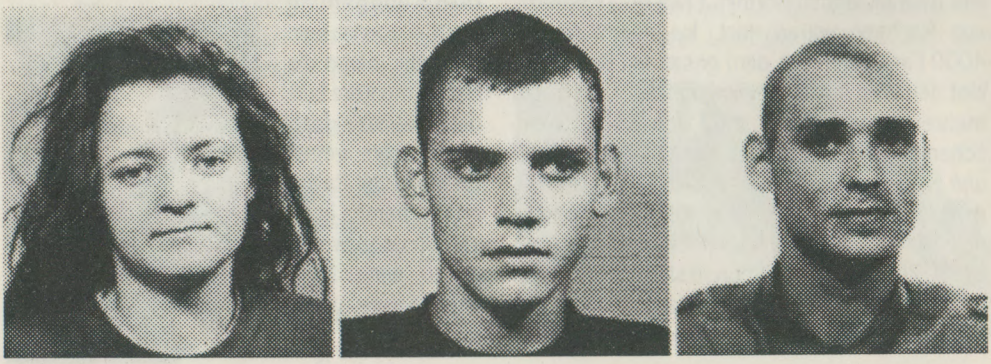
Ebenfalls ein umfangreiches Waffenarsenal wurde am 26.Januar diese Jahres in einer Jenaer Garage und weiteren sieben Wohnungen sichergestellt. Die drei Tatverdächtigen konnten sich durch Flucht der Verhaftung entziehen und werden seitdem gesucht. Die Flüchtigen (siehe Bild) Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe werden zur rechtsradikalen „Kameradschaft Jena" gezählt. Mehrere im Zusammenhang mit dieser Razzia stehenden selbstgebastelten Sprengsätze wurden letztes Jahr unter anderem an einer Autobahnbrücke und an einer antifaschistischen Gedenkstätte gefunden.

Brandanschlag auf Dönerstand

Am 16.3.98 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf einen Dönerstand in Wurzen. Dieser brannte vollständig aus. Die Tat paßt in das Bild der von den Neonazis propagierten „national befreiten Zonen", in denen alle nicht in das Bild der Nazis passende Menschen vertrieben werden. Bald wird es in Wurzen nur noch kerndeutsche Einheitsbierstuben geben.

Naziüberfall in Neukieritzsch

Etwa 35 Neonazis überfielen am 7.3. dieses Jahres ein Haus in Neukieritzsch bei Borna (vergl. Frente 15) in dem sich angeblich linke Jugendliche befanden. Dabei wurde ein Angreifer ver-



letzt, ein Hausbewohner erlitt durch Reizgas Augenverletzungen. Die Polizei nahm 5 Faschisten fest.

Überfall nach NPD-Veranstaltung

Am 31.01.98 überfielen eine Gruppe von Neonazi, die von einer NPD-Veranstaltung des KV „Niederschlesischer Oberlausitzkreis" in Weißwasser kamen, eine Wohnung von zwei junge Männern in Rothenburg. Die Tür wurde unter „Sieg Heil"- Gebrüll eingetreten und schlugen brutal auf die beiden Opfer ein, die mit erheblichen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden sind. Mitte Februar durchsuchte die Polizei die Wohnungen von acht Tatverdächtigen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und des besonders schweren Fall von Diebstahl. Die Faschisten waren schon wegen anderer Eigentums- und Körperverletzungsdelikten vorbestraft und gaben Rache als Grund an, weil die Opfer angeblich Rauschgiftkonsumenten sind.
Ebenfalls in Weißwasser schlugen zwei Rechtsradikale auf einen pakistanischen und indischen Asylbewerber ein. Diese mußten verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Dies passierte am 14.2.98, die Täter wurden festgenommen.

Naziüberfall in Chemnitz

Am 14.2.98 fielen zehn Neonazis in Chemnitz über fünf linksgerichtete Jugendliche in einer Straßenbahn her. Sie schlugen mit Knüppeln und Schlagstöcken auf die Opfer ein und verletzten einige zum Teil schwer.

Naziangriffe auf Schüler

Ein 15jähriger Jugendlicher wurde am 15.Januar in Naunhof bei Leipzig Opfer von zwei Neonazis. Der Schüler, der von den Tätern als „roter Punk" eingestuft wurde, wurde auf dem Nachhauseweg von den Faschos abgepaßt und zusammengeschlagen. Die 16 und 17 Jahre alten Täter wurden eine Woche später festgenommen und waren der Polizei bekannt.
Ein 17jährige Schülerin wurde in Altenburg am 15.2.1998 von einer Gruppe rechter Jugendliche als „Zecke" beschimpft, geschlagen und mißhandelt. Ihre Haare wurden abgeschnitten und das Mädchen erlitt einen schweren Schock. Die Täter konnten nicht ermittelt werden, da das Opfer eine Zeitlang unter dem Schock der Gewaltanwendung hinter einer Parkbank lag.

Neonazikongreß im Raum Leipzig

Die rechtsextreme Vereinigung „Gesellschaft für Freie Publizistik" will vom 24. Bis 26. April ihren diesjährigen Kongreß unter dem Motto „Mut zur Freiheit 1848-1998: 150 Jahre Kampf und Selbstbestimmung und Einheit" im Großraum Leipzig durchführen. Der Verein wird von Nazianwalt Jürgen Rieger geführt.

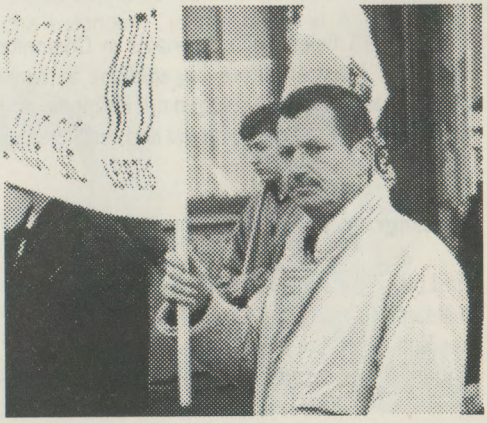
Neonaziaufmarsch in Leipzig-Grünau

Am Samstag, den 28.März gegen 20.30 Uhr, marschierten rund 100 Nazis auf. Die von den Nazis nicht angemeldete Demonstration lief unter dem Motto „Keine Macht den Zecken". Dieser Spruch, allseits bekannt von den dilettantischen JN-Aufklebern, stand auf dem nicht minder dilettantischen anmutenden Fronttranspi. Die Faschisten zogen von der Shell-Tankstelle durch Grünau bis zum Alle-Center und dauerte bis 21.30 Uhr. Etwa 50 Bullen begleiteten die Faschos, schritten jedoch nicht ein. Ein Großteil der Nazis begaben sich danach in das als Neonazitreffpunkt geltende Kirschberghaus. Das Treffen dauerte bis ihn die tiefen Nachtstunden außerhalb der öffentlichen Öffnungszeit. Anwesende Sozialarbeiter tolerierten dies und tragen für dieses Treffen die Verantwortung. Hintergrund des Aufmarsches war die Zerstörung des Nazitreffpunktes Nummer 1 in Grünau angeblich von Lin-

ken einige Tage zuvor, die Polizei schließt aber einen politischen Hintergrund aus. Daraufhin hing in den Jugendclub ein Aufruf zu dieser Demonstration der mit den Worten „Liebe Kameradinnen und Kameraden" begann. Dieser faschistische Aufruf wurde von den angestellten Jugendsozialarbeitern toleriert. Als maßgebliche Initiatoren des Aufmarsches fungierten Jaschi Lang und „Ossi". Beide sind aktive Mitglieder der NPD. Letztgenannter organisiert regelmäßig Kameradschaftsabende im Kirschberghaus und tritt ansonsten auch als Chef auf. Zuletzt trat er bei der NPD-Demonstration in Dresden im Januar und zu einer OBM-Wahl-Kanditaten-Runde zum Thema 1.Mai und Rechtsextremismus in der Halle 5 in Leipzig-Connewitz mit drei älteren NPDlern in Erscheinung.
Das Bild oben zeigt Neonazis aus dem Kirschberghausumfeld bei der Demonstration am 24.Januar 1998 in Dresden.

Republikanerstreit vor Gericht

Ein Streit zwischen zwei ehemaligen Mitgliedern der Republikaner wurde vor dem Leipziger Landgericht ausgetragen. Dabei war der ehemalige Kassenwart der Reps und jetzige NPD-Mitglied Jürgen Kraut wegen Beleidigung, Diebstahl und Veruntreuung von Parteigelder angeklagt. Kraut (siehe Bild unten) hatte den ehemaligen Vorsitzenden der Reps, Günter Bernhard, als „Kommunistensau" betitelt und stahl aus dem Parteibüro einen Computer und ein Faxgerät. Inzwischen ist Kraut zu einem Aktivposten in der Leipziger NPD geworden. Besonders fiel er durch das Tragen des Transpi „Unsere Väter waren keine Verbrecher – NPD-Leipzig" bei den Demos in München, Görlitz und Dresden auf. Am 9.3. wurde er vom Landgericht zu einer Strafe von 4 400 DM verurteilt.



Gedenkstein für Opfer des Nationalsozialismus geschändet

Das „Ehrenmal für polnische und sowjetische Opfer des Nationalsozialismus" in Taucha bei Leipzig ist am 30.März von Unbekannten geschändet worden. Diese hatten mehrere Aufkleber der NPD/JN an das Denkmal geklebt. In Taucha findet man sehr viele Naziaufkleber und gesprühte Naziparolen, wie z.B. „Keine Asylanten in Taucha" oder „Weißer Arischer Widerstand", und es finden öfters in dieser Region NPD-Veranstaltungen statt.

Erneut Naziüberfälle in Magdeburg

Nach knapp einem dreiviertel Jahr nach der Ermordung von Frank Böttcher durch einen Neonazi ist es erneut Anfang Januar zu einem schweren Übergriff auf Punks in Magdeburg gekommen. Etwa zehn Neonazis griffen die Wohnung von Frank Böttchers Bruder an und verletzten einen anwesenden 23jährigen Jugendlichen am Kopf schwer, so daß er einige Tage in Lebensgefahr schwebte. Der Überfall war als Zurechtweisung gedacht, da die Oma eines Täters angeblich sich über die dort wohnenden Jugendlichen beschwert hatte. Die Polizei nahm alle Tatverdächtigen fest.

Zwei Wochen später überfiel ein junger Nazi-Skinhead einen Jugendlichen. Der Täter schoß dem Punk mit einer Gaspistole in das Gesicht und verletzte ihn schwer an den Augen. Der Nazi konnte fliehen.

Am 1.3. überfielen sechs Nazis 2 Flüchtlinge aus dem Irak und der Türkei. Sie wurden mit Steinen beworfen und mit Messern und Schreckschußpistolen bedroht. Die Polizei nahm die Angreifer fest. Einen Tag später griffen wiederum 4 Faschisten einen Asylbewerber aus dem Irak an und verletzten ihn schwer.

Am 5.3. wurde ein Punk von einem Neonazi, der mit einem Taxi ankam, beschimpft und tätlich angegriffen. Der Täter stieg danach wieder in das Taxi, welches so lang gewartet hatte, und fuhr weiter.

Elbestadt Dresden

Dresden geriet Anfang der Neunziger Jahre durch zahlreiche Naziaufmärsche und Aktivitäten von Neonazis in die bundesweite Presse. 1992/93 wurde es, wie auch in anderen sächsischen Städten, um die Naziszene oberflächlich ruhig. Mit dem Aufschwung und den Aktivitäten bis zu ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Aufmarsch der NPD/JN in München am 1.März 1997 und am 24.Januar 1998 in Dresden (siehe Bild) zeigt sich in Dresden eine strukturell sehr gefestigte Naziszene.

Anfang 1990 war Dresden neben Leipzig, Berlin und Cottbus eine der Städte in den ein massives Auftreten von Faschisten aus der Bundesrepublik in der damaligen DDR zu beobachten war. Als das Zentrum der "Bewegung" wurde Dresden nach dem Aufmarsch der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) von rund 500 Neonazis am 20.10.1990, der als das offizielle Signal für die Verlagerung der Aktivitäten nach Dresden gilt. 1990 nahmen die Gewalttaten gegenüber Linken und Ausländern massiv zu. Die Chronik der Gewalt läßt sich aber weit zurückverfolgen. Gruppen rechtsgerichteter Jugendlicher tauchten Mitte der achtziger Jahre auf. 1987

kam es zu Festnahmen und Verurteilungen in diesen Gruppen. Allerdings beschränkten sich die Verurteilungen nur auf Körperverletzungen und Rowdytum. Einige der damals Verurteilten wurden in die BRD abgeschoben. Unter ihnen befand sich auch Rainer Sonntag, der ursprünglich ein Spitzel der Kripo (Politisches Kommissariat K1) war. Nach der Wende wurde Sonntag die zentrale Figur der rechtsradikalen Szene in Dresden. Nach seiner Abschiebung in den Westen machte Sonntag nach einem Intermezzo in der Zuhälterszene von Frankfurt/Main schnell Karriere im hessischen Langen in der von Michael Kühnen (Kopf der GdNF) gegründeten Nationalen Sammlung (NS; 1989 verboten). Im Dezember 1989 kehrte er nach Dresden zurück, nach Streitereien unter den hessischen Faschisten.

Parallel zu den Aktivitäten in den anderen Städten der damaligen DDR fanden in Dresden zu dieser Zeit jede Menge Neugründungen statt. Im Juni 1990 tummelten sich in der Stadt der Verband der Sächsischen Wehrwölfe (VdSW), der Jungsturm (JS), der von Sonntag geführte Nationale Widerstand Deutschland (NWD) und zwei Wehrsportgruppen, die Schutzstaffel Ost (SS-O) und die Wehrsportgruppe Hans Joachim Peiper. Abgesehen von dem NWD traten die anderen Gruppen nur kurzzeitig in Erscheinung, sie gingen in etablierten Parteien und Organisationen (Nationalistische Front, Deutsche Alternative, FAP) wieder auf. Die Propaganda beschränkte sich auf das Verkleben von diversen Zetteln und Aufklebern, vor allem der NF, der FAP oder der NSDAP/AO. In dieser Zeit wurde in Dresden von der GdNF und dieser Organisation nahestehenden Gruppen starke Aufbauhilfe für die regionale Naziszene geleistet. Dresden war in Kühnens "Aufbauplan-Ost" als Zentrale für die Deutsche Alternative (DA) vorgesehen. Im November 1990, nach dem Debakel der Berliner Nazizentrale Weitlingstraße, wurde versucht, ein solche Zentrale in Dresden zu etablieren. Die Besetzung eines Hauses unter der Führung von Dirk Vogel, Wasserträger von Sonntag, beendete die Polizei. Die Komunikationszentrale der DA (über die die Verbindung gerade zur Nationalen Liste gehalten wurde) befand sich in Dresden-Cotta, die DA-Ortsgruppe unter der Leitung von Ray Träger (Vors. der DA-Mitteldeutschland) hatte im Oktober 1990 24 Mitglieder. Unmittelbare Folge der Aufbauhilfe der von den GdNF dominierten Nazikadern war, das ein spürbares Ansteigen von Gewalttaten und Überfällen von Neonazis zu verzeichnen war. Alternative Cafés und besetzte Häuser wurden angegriffen, Asylbewerber und linke Jugendliche verprügelt. Über Ostern 1991 eskalierte die Gewalt erneut und in der Nacht zum Ostermontag forderte der Naziterror ein erstes Todesopfer. Der 28jährige Mosambikaner Jorge Gomondai wurde von sieben Neonazis aus Dresden und Baden-Württemberg aus einer fahrenden Straßenbahn geworfen. Die Täter konnten ermittelt werden und zu geringen Haftstrafen verurteilt. In der Nacht zum 1.Juni wurde Rainer Sonntag von zwei Zuhälter auf offener Straße erschossen. Hintergrund der Tat war Sonntags Drohung, daß er mit seinen Kameraden die Bordelle der Stadt plattmachen werde. Die Beerdigung Sonntags wurde der bis dahin größte Naziaufmarsch der ostdeut-

schen Nachkriegsgeschichte. Rund 2000 Neonazis aus allen Teilen Deutschland und aus allen Lagern des rechtsextremen Spektrum marschieren in Dresden auf.. Der tote Sonntag wird, was er zu Lebzeiten nicht werden konnte: zur Integrationsfigur des rechten Lagers. In der Folge dieser Ereignisse wurde es in Dresden wieder stiller, abgesehen von den alltäglichen rassistischen Übergriffen.

Am 1.September gründete sich die Sächsische Nationale Liste (SNL), zu deren Vorsitzende der Dresdner Helmar Braun gewählt wird. Bei der Gründung sind hochrangige Nazikader, wie z.B. die Leiter der GdNF Christian Worch (NL) und Gottfried Küssel (VAPO-Österreich), anwesend. Die SNL war als ostdeutsches Produkt der NL aufgebaut worden und sollte Sonntags NWD politisch beerben. Ende 1991 besteht die Dresdener Faschoszene etwa aus 500 in Kameradschaften und Organisationen organisierten Neonazis, wobei die kopfstärksten Kameradschaften in den Neubauvierteln von Gorbitz, Prohlis und Johannstadt zu finden sind. Gute Kontakte gab und gibt es zum Umland von Dresden, wie z.B. Hoyerswerda (DA), Zittau (Nationaler Jugendblock), Görlitz u.a.

In Folge der Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen und den Brandanschlägen von Mölln und Solingen 1992/93 wurden einige rechte Parteien und Organisationen durch das Innenministerium verboten. Dazu zählten die GdNF-Vorfeldorganisationen Nationale Liste (NL), Nationale Alternative (NA), Nationale Offensive (NO), Deutsche Alternative (DA) und die Wiking-Jugend, die Nationalistische Front (NF) sowie die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP). Durch die Verbote war die Neonaziszene gezwungen, sich umzustrukturieren. Es folgte eine Zeit der relativen Ruhe, daß heißt große medienwirksame Aktionen bis auf den alljährlich versuchten „Heß-Gedenkmarsch" blieben aus. Die Neonazis gingen dazu über, die Szene in eine schwer zu ortende und äußerlich zersplitterte Struktur, in die Zellen- oder Kameradschaftsstruktur, zu organisieren. Es entstanden neue Organisationen, wie z.B. die Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA) um Steffen Hupka, die Nationalen um Frank Schwerdt und deren Jugendorganisation Jung-Nationalen. Allein die Fascho-Konzerte verbuchten eine Zulauf und

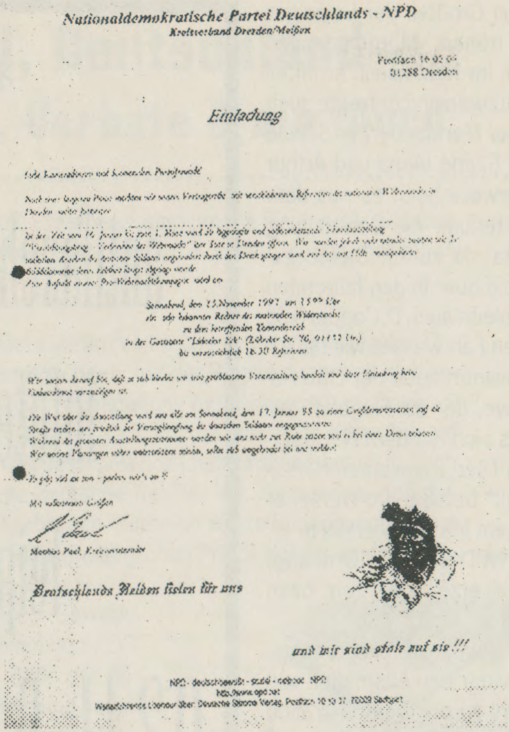
Bild links oben: Jürgen Schön, B.l.u.: Oliver Händel, B.m.o.: Steffen Hupka, B.r.u.: Abschlußrede der Demonstration vom 24.Januar 1998 in Dresden - rechts im Bild Petzold, Mitte: Udo Voigt

sehr oft fanden Konzerte mit bis zu tausend anwesenden Nazi-Skinheads und Faschos statt.
Anfang 1995 überwand die Naziszene ihr organisatorisches „Loch". Die NPD/JN, Anfang 1991 in der Bedeutungslosigkeit versunken, diente als Auffangbecken von verschiedenen Nazikadern. Unter dem Deckmantel der Partei formierten sich die Naziszene neu und ihre bundesweite Parteilogistik diente als organisationsübergreifendes Mittel, die einzelnen Kameradschaften an die Partei und ihre Jugendorganisation heranzuführen. Bereits im Verfassungsschutzbericht von 1996 wird die NPD/JN als „die aktivste rechtsextreme Organisation im Freistaat Sachsen" bezeichnet. In Dresden hatte die NPD/JN bis dahin kaum einen Stellenwert, 1993 unterhielt sie ihr Postfach mit der Freiheitlichen National Partei (FNP) zusammen. In Sachsen ist sie mittlerweile mit 17 Kreisverbänden Flächendeckend vertreten. Dresden hat einen eigenen Kreisverband zu dem das Landespressearchiv der NPD unter der Leitung von Rene Despang in Dresden-Löbtau gehört. In Sachsen verfügt die Partei auch über eine eigene Zeitung, die „Sachsenstimme", in der der Kreisverbandsvorsitzende von Dresden Matthias Paul Anfang 1997 ankündigte, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu wollen. Mittlerweile verschandeln in Sachsen Plakate und Aufkleber der NPD das Straßenbild. In Dresden befindet sich auch seit November 1997 die Bundesgeschäftstelle der JN. Maßgeblich am Aufbau der Bundesgeschäftsstelle war Oliver Händel aus Köln, Bundesgeschäftsführer der JN, der im Juli 97 nach Dresden zog, beteiligt. Händel, vorher Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat und dank der JN-Funktionäre Achim Ezer und Frank Amberg in der Hierarchie der JN nach oben gestiegen, baute den Kölner JN-Stützpunkt mit auf und koordinierte die Internet-Aktivitäten der NPD/JN. Über das Infotelefon in seiner Wohnung in Köln wurde der Aufmarsch der NPD/JN in München am 1.März maßgeblich mitorganisiert. Bei diesem Aufmarsch nahmen etwa 50 Nazis aus Dresden teil, der Bus wurde von Matthias Paul, Inhaber des Spendenkontos der NPD, organisiert. Ebenfalls von ihm organisiert wurde der Auftritt von Udo Voigt, Bundesvorsitzender der NPD, im Rahmen einer Vortragsreihe durch Sachsen in Dresden in der Kneipe Borsbergeck vor etwa 80 Zuhörern im Mai letzten Jahres. Ebenfalls in Dresden wohnhaft ist die Bundesmädelbeauftragte der JN und ehemalige Aktivistin der Wiking-Jugend, Katharina Handschuh. 1994 trat sie schon einmal in Erscheinung, als sie in Berlin mit Steinen und Wurfgeschossen eine Antifa-Demo aus der Wohnung des Naziaktivisten Arnulf Priem angriff und neben Kai Diesner und Detlef Nolde (siehe NEWS) verhaftet wurde.
Einen weiteren Stellenwert in Dresden nimmt die DSU mit den Aktivitäten des ehemaligen Mitgliedes der Wiking-Jugend, Holger Malcomeß, ein. Er gründete zusammen mit anderen Mitgliedern der DSU den Jugendbildungskreis für Neue Kultur e.V. und die Dresdener Freitagsgespräche (DFG), bei denen regelmäßig Redner aus dem rechtsextremen und konservativen Lager auftreten, so unter anderem Alfred Mechtersheimer, Hans Ullrich Kopp (Burschenschaft Danubia, Witiko-Bund) und Lothar Lauck (NPD).

Am 15.November hatte die NPD/JN in Dresden mit einem Vortrag von Wolfgang Juchem (Aktion Freies Deutschland AFD) ihre Kampagne gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, die vom 20.1. bis 1.März 1998 in Dresden gezeigt wurde, eröffnet. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 80 Faschisten teil. Höhepunkt der Kampagne sollte eine Demonstration der NPD/JN im Stile von München am 24.1.98 sein. Weitere Brisanz bei dieser Thematik besitzt der 13.Februar. Vor 53 Jahren bombardierten die Alliierten Dresden, der Tag wurde von der damaligen DDR und wird von der jetzigen BRD als hinterhältiges Kriegsverbrechen gesehen und dementsprechend begangen. Gerade an diesem 13.2. schaffen es immer wieder Faschisten in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen. Die sich gegen die Rechtsextremen stell-

ten, waren und sind den verbalen und tätlichen Attacken der trauernden Dresdener Normalbevölkerung ausgesetzt.

Der Aufmarsch der NPD am 24.1. und die Gegendemo des „Bündnis gegen Rechts“ wurden Anfang Januar von der Stadt Dresden verboten. Daraufhin gingen die Nazis und das BgR vor das Verwaltungsgericht und klagten gegen das Verbot. Das Verbot wurde zwei Tage vor dem Aufmarsch vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben. 3000 Polizisten aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bayern sicherten die Straßen von Dresden. Etwa 1000 Neonazis, vorwiegend aus Sachsen, marschierten am Sonnabend, den 24.Januar, vor der Semperoper in Dresden auf. Etwa 1200 Gegendemonstranten wollten sich den Nazis in den Weg stellen, aber die Polizei verhinderte ein Aufeinandertreffen beider Demonstrationen. Eine Auseinandersetzung war am Morgen von der Polizei nicht verhindert worden. In der Nazistadt Wurzen griffen etwa um neun Uhr 60 Neonazis einen Zug an, in dem sich GegendemonstrantInnen auf dem Weg nach Dresden befanden. Sie bewarfen die Waggons mit Steinen und drangen in die letzten Wagen ein. Der Zugfahrer sah sich genötigt, aus dem Bahnhof zu fahren und die Auseinandersetzungen setzten sich im Zug fort. Die Faschisten machten auch nicht vor Unbeteiligten im Zug halt und schlugen auf alles ein, was sich im Zug befand. Etwa 3 km außerhalb Wurzens wurde die Notbremse gezogen und die Prügelei wurde nach draußen verlagert. Die von Leipzig mitgefahrenen Polizei, die eine Macht von 12 Beamten aufgeboten hatten (Fragen bleiben auch offen, warum so wenig), verpisste sich schon im Bahnhof. Die etwa 150 GegendemonstrantInnen gelang es, die Neonazis durch massive Gegenwehr zu vertreiben und verletzten einige der Angreifer. Bei den Faschisten wurden einige führende Nazikader, nicht nur aus Leipzig und Wurzen, gesichtet, so u.a. Jaschi Lang (siehe News), Sascha Wagner, Mitherausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Neue Doitsche Welle“ und NPD/JN-Kader und Ulli Diehl, JN-Kader aus dem Saarland. Markus Müller, NPD-Vorsitzende des KV Muldental, hielt sich dezent im Hintergrund und gab Anweisungen an seine Kameraden und koordinierte den Überfall. Die Polizei kam eine Stunde später, als die Faschisten in den Ort zurückgetrieben worden sind und die Sache erledigt hatte. Sie konnten nur noch den Schaden und die Verletzten aufnehmen. Bilanz waren neun zum Teil schwerverletzte Personen (davon der überwiegende Teil Faschisten) und Sachschaden. Die Polizei in Dresden wollten die DemonstrantInnen in Dresden-Neustadt verhaften, was unverständlicher ist, da keine Angreifer festgenommen worden sind. Dies mißlang, die GegendemonstrantInnen fuhren


Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD
Kreisverband Dresden/Meißen

Postfach 16 02 04
01288 Dresden

Einladung

Sonnabend, den 15.November 1997 um 15⁰⁰ Uhr

Deutschlands Helden fielen für uns

und wir sind stolz auf sie !!!

zurück nach Leipzig. Ein Großteil der Leipziger NPD ist schon in den frühen Morgenstunden nach Dresden gefahren. Im Nachhinein ermittelte die Polizei in alle Richtungen und befragte auch linke Jugendliche an einer Markleeberger Schule und in der Connewitzer Szene (Anna und Arthur halten das Maul). Mittlerweile heißt es aus dem sächsischen Innenministerium, die Gewalt ging von den Linken aus, da sie zuerst Steine geschmissen hätten (wie sie aber in den fahrenden Zug gelangen konnten, bleibt auch D.Copperfield rätselhaft). In dem selben Fahrwasser wie die Ermittlungsbehörden schwamm auch der DSU-Abgeordnete Reinhard Löwe, der ein Flugblatt der faschistischen NPD, das sich mit dem Naziüberfall auf den Zug mit den Titel „Die wahren Hintergründe der linken Gewalt" befaßte, im Wurzener Stadtrat verteilte. In einem Interview erklärte er, daß die faschistische NPD sich für Ordnung, Recht und Sicherheit einsetze. „Das geht beim Haarschnitt los" erklärte er.

Der Neonaziaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung blieb aber hinter den Ausmaßen von München zurück, obwohl zu der Demonstration Monate vorher mobilisiert wurde. Die Demoanmeldung der NPD/JN ging im Dresdner Ordnungsamt am 10.12.97 ein und wurde bis 8.1.98 gedeckelt, obwohl das Ordnungsamt zur Auskunft über Anmeldungen auf Anfragen, was am 15.12.98 durch Journalisten und Veranstalter der Ausstellung erfolgte, verpflichtet ist. Das es nicht zu einen zweiten München gekommen ist, lag mit Sicherheit daran, daß die NPD sehr regional mobilisiert hatte und ein Konsens mit den führenden sächsischen Politikern nicht zu erreichen war, wie z.B. in München die Äußerungen des CSU-Spitzenpolitiker Gauweiler. Erschreckend ist aber der Mobilisierungseffekt des sächsischen Landesverbandes der NPD, die nahezu 1000 Nazis auf die Straße gebracht hatten und auf ein Potential von ebenso vielen Mitglieder in Sachsen zurückgreifen können. Ein weiteren Erfolg will die NPD/JN in Sachsen mit dem Aufmarsch zum 1.Mai in Leipzig erreichen.

*

antifaschistisches

infotelefon

leipzig

0341-9405407

Informationen von und

für AntifaschistInnen

*

Saalfeld, Deutschland -
Faschisten, Verbote & ein Mord

Ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse rund um die für den 11. Oktober angemeldete Demonstration „Den rechten Konsens durchbrechen" in Saalfeld.

Das Verwaltungsgericht Gera verbot einen Abend vor der geplanten Demonstration jegliche Versammlungen, mit der Begründung, daß sich autonome Antifagruppen an der Veranstaltung beteiligen wollten. Dabei interessiert es in der Saalestadt, in welcher das nationale Klima bis auf sehr wenige Ausnahmen das bestimmende Identitätsmoment ist (jaja ich weiß, daß dies momentane deutsche Realität ist), niemanden, daß diese Demonstration zu maßgeblichen Teilen von einem Bündnis organisiert wurde, welches nicht gerade zur alltäglichen Praxis gehört, und sich gerade durch diese Breite auszeichnete.

Law & Order 14.3.'98

Das Bündnis bestand aus Gewerkschaftsgruppen, DGB, Teilen von PDS und Bündnis 90/ Grüne, Bund der Antifaschisten, Einzelpersonen und natürlich auch autonomen Antifaschisten. Der Anmelder, Angelo Lucifero, wurde schon Wochen vorher von Faschisten telefonisch bedroht und sah sich durch die Verbotsverfügung bestätigt in der Einschätzung, daß es in den Zeiten der angestrebten und eben in diesem Fall auch praktizierten „Law and Order"-Politik des deutschen Staates gerade auch für kritische Gewerkschafter der demokratische Handlungsspielraum immer enger wird. Die Einzelheiten der Verbotsverfügung möchte ich hier an dieser Stelle nicht detailliert darstellen, die Quintessenz besteht darin, daß durch die Teilnahme von autonomen Antifaschisten eine Bedrohung besteht, da es deren Praxis sei, vermeintliche Rechtsextremisten anzugreifen. Um diese These zu stützen wurden „konspirative Treffen" von der Polizei erdichtet, zu welchen offiziell eingeladen wurden ist. Die Palette an Diskriminierung und Kriminalisierung durch die staatlichen Behörden ließe sich hier beliebig fortsetzen. Wie in jeder anderen x-beliebigen Stadt in Deutschland wird durch das Leugnen der Neonazistrukturen und die Einschüchterung aller kritischen Stimmen ein Klima erzeugt, welches dadurch gekennzeichnet ist, in der Öffentlichkeit

nicht in Verruf zu kommen und den Wirtschaftsstandort zu sichern. Für die ortsansässigen Neonazis stellt es einen wichtigen Erfolg dar, da es ihnen durch die Anmeldung einer eigenen Demonstration im benachbarten Rudolstadt gelungen ist, daß Klima so anzuheizen, daß die Gerichte einer Verbotsverfügung zustimmten. Allein dieser Fakt sollte genügen sich über die wirkliche strukturelle Kraft der Rechten ein realitätsnahes Bild zu erstellen.

Zur Demonstration "Gegen jeden rechten Konsens - Antifaschismus läßt sich nicht verbieten - Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe" am 14. März 1998 in Saalfeld

Für die Leipziger und auch viele andere Antifaschisten endete die Demonstration noch bevor sie überhaupt begonnen hatte.Bereits 10 Kilometer vor Saalfeld auf der B88 bei Zeutsch wurden die Busse der Antifaschisten von einem querstehenden Streifenwagen gestoppt. Die Demonstranten, die daraufhin die Busse verließen wurden von Polizisten, welche aus Hubschraubern abgesetzt worden waren, unter Einsatz von Schlagstöcken und Reizgas eingekesselt, um den Rest des Tages im Gewahrsam der Polizei zu verbringen. Die Leute, die nicht eingekesselt wurden sind von der Polizei in die Busse zurückgeprügelt wurden. Auch sie durften nicht an der Demonstration teilnehmen sondern mußten direkt nach Hause fahren. Dafür wurden sie von der Polizei bis zur Autobahn eskortiert.

Viele Antifas kamen nicht bis nach Saalfeld, dafür aber in den Knast

Die Stadt Saalfeld präsentierte sich mal wieder als eine Polizeifestung. Den offiziellen Berichten zufolge sollen ca. 3000 Polizeibeamte im Ein-

satz gewesen zu sein. Wie der rechte Konsens funktioniert war schon im Vorfeld der Demonstration zu erkennen, als fast alle Lokalpolitiker, und natürlich auch die Bevölkerung Saalfelds fest der Meinung waren, daß es in Saalfeld und im Umkreis kein besonderes Problem mit Rechtsextremisten gäbe. Das diese Aussagen allerdings im grassen Gegensatz zu den Aussagen des Thüringer Verfassungsschutzberichtes des letzten Jahres stehen, ignorieren Lokalpresse, Innenminister Dewes (SPD) und sogar der Vorsitzende des Thüringer Verfassungsschutzes Helmut Roewer, scheint die Berichte seiner Behörde nicht alt zu ernst zu nehmen. Seit Jahren existiert in dieser Region eine starke Neonaziszene, der beste Beweis dafür ist der umfangreiche Waffenfund in einer Nazikneipe im Vorfeld der versuchten Demonstration vom 11. Oktober 1997. Diese Kneipe wurde besucht von dem Nazisammelbecken "Deutscher Freundeskreis", der unter der Führung Tino Brandts steht. Die Nazis hatten unter anderem über das in Erfurt ansässige "Nationale Infotelefon Deutschlandsturm" und über das Thule-Netz mobilisiert.
Anders als am 11. Oktober 1997 waren dieses mal sowohl die Nazidemonstration, welche vom Chef des Landesverbandes der NPD Thüringen Franck Golkowski angemeldet wurde, als auch die Bündnisdemonstration gestattet worden. Der Unterschied besteht allerdings darin, daß die Nazis mitten in der Innenstadt, vorbei am Flüchtlingsheim demonstrieren durften, während sich die Antifas auf eine Kurzdemo an der Stadtgrenze beschränken mußten. Wobei die Auflage der Polizei, die Antifademo solle in Blöcken mit 50 Meter Länge und einem Blockabstand von 10 Meter laufen den Höhepunkt der schickanösen Auflagen der Polizei bilden sollte.
Die Demonstration der Nazis fand unter Polizeispalier statt, trotzdem wurden Journalisten massiv bedroht. Teilnehmer der Nazidemo waren viele Ex-Mitglieder der mittlerweile verbotenen FAP um Friedhelm Busse. Es nahmen etwa 150 Faschos an diesem Umzug teil.
Auf der Bündnisdemo waren etwa 3000 Menschen. Sie lief ohne besondere Zwischenfälle ab.

Anschließend wollen wir den Redebeitrag des Bündnis gegen Rechts veröffentlichen, um ihn wenigstens nicht inhaltlich hinten runter fallen zu lassen.

Redebeitrag des Leipziger Bündnisses gegen Rechts auf der bundesweiten Demonstration „Gegen jeden rechten Konsens - Antifaschismus läßt sich nicht verbieten - Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe" am 14. März 1998 in Saalfeld (Thüringen)

Liebe Leute,
das Motto der im Oktober vorigen Jahres staatlicherseits verhinderten

Chronologie der Ereignisse an diesem Tag

Am Morgen des 11.10.97 nimmt die Polizei in Heilsberg bei Rudolstadt 56 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet vorläufig fest. Beschlagnahmt werden u.a. 60 Schlagstöcke, 60 Hieb- und Stichwaffen, 300 Schuß Leuchtspurmunition, 4 Schreckschußpistolen, 6 Äxte, 10 Funkscanner und eine komplette Funkanlage.

Ebenfalls am Morgen stürmen ein Sondereinsatzkommando (SEK) und ein Unterstützungskommando (USK) der Polizei ein Wohnhaus, in welchem die Polizei die Organisatoren der antifaschistischen Demonstration vermutet, und nimmt 14 anwesende Personen fest. Auch ohne Hausdurchsuchungsbefehl wurde die Tür gesprengt unter der Angabe, man vermute Drogen und Waffen zu finden. Auch sollten sich im Keller des Hauses gewaltbereite Personen aufhalten. Es wurden 2 Funktele-

fone und ein geschnitzter Holzstock beschlagnahmt. 3 Kölner Journalisten wurden gleich mitverhaftet. Die Polizei durchsucht anschließend 10 Stunden lang das weiträumig abgesperrte Gebäude. Den Bewohnern wurden Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokolle verweigert, und nach der Durchsuchung fehlten ihnen mehrere hundert Mark Bargeld und eine Videokamera. Das Saalfelder Klubhaus der Jugend wird gleichzeitig von der Polizei gestürmt. Bei dieser Razzia findet die Polizei nichts.

Der Bus den die Autonome Antifa (M) aus Göttingen für Interessierte organisierte fuhr durch Polizeidruck auf das Busunternehmen nicht. Die Antifas die deswegen kurzfristig auf Autos ausweichen wollten, wurden nach wenigen Meter durchsucht und kontrolliert um zu verhindern, daß sie zur Ausweichdemonstration nach Erfurt fahren können.

Demonstration lautete bekanntlich: „Den rechten Konsens durchbrechen". Im Vorbereitungsbündnis zu dieser Demonstration haben wir lange darüber gestritten, ob dieses Motto für diese Demonstration tatsächlich wieder tauglich ist. Heraus kam dabei der Kompromiß, daß wir hier „gegen jeden rechten Konsens" demonstrieren. Wir müssen an dieser Stelle sagen, daß es für uns, trotzdem wir das Demomotto mittragen, in Deutschland nicht unzählig viele rechte Konsense gibt, sondern nur einen. Dieser äußert sich insbesondere allerorten auf die gleiche Weise: Überall nimmt im Grunde niemand an der rassistischen Politik dieses Staates Anstoß. Es ist traditionell Konsens in diesem Land, daß das zum Fremden Konstruierte erst einmal Unbehagen und Bedrohungsgefühle auslöst. Die „Andersartigkeit" von allem, was von der deutschen Norm abweicht, wird in Deutschland im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern schon immer als Gefahr statt als Bereicherung begriffen. Das Staatsbürgerrecht dieses Landes beruht, ebenfalls traditionell, auf den völkischen Werten von Blut und Boden. Die„deutschen Sekundärtugenden" von Ordnung, Fleiß und Disziplin sind hierzulande ein hochgehandeltes Gut. Auf dieser Basis wird überall alltäglich eine Heimattümelei betrieben, die sich heutzutage „Standortfaktor" schimpft.

Diese deutsche Spezifik bei der Betrachtung des rechten Konsens nicht mitzudenken, führt unseres Erachtens immer am eigentlichen Thema vorbei. Deshalb auch gehen wir von keiner super-spezifischen Situation in Saalfeld aus, sondern sind uns bewußt, daß eine ähnliche Konstellation tatsächlich jederzeit überall vorzufinden ist. Der Konsens zwischen Behörden, Bevölkerung und Nazis lautet: Wir sind alle Deutsche. Und dabei kümmert man sich einen Scheiß um bürgerliche Werte, die doch tatsächlich partiell im Grundgesetz noch zu finden sind bzw. besser: zu finden waren. Deshalb auch ist es ein Leichtes, genau diese Passagen, rechtsstaatlich abgesichert, aus der Freiheitlich-Demokratischen-Grundordnung zu verbannen. An ihre Stelle treten rigide, bürgerliche Rechte abschaffende Klauseln, die den Staat immer mehr zur Sicherheits-Bastion gegen Minderheiten und ungebetene Meinungen machen. Wenn uns jemand vor der Wiedervereinigung gesagt hätte, daß eine radikale Linke heutztage überall dazu verdammt ist, die bürgerlichen Ideale zu verteidigen, hätten wir das für dummes Zeug gehalten. Inzwischen sehen wir uns tatsächlich in diese Rolle gedrängt. Denn wer kritisiert bitte schön anhand von Saalfeld und der hiesigen Situation bürgerlichen Verhältnisse. Stattdessen ringen und kämpfen wir hier fast verzweifelt darum, überhaupt noch demonstrieren zu können und kundzutun, daß wir gegen Nazis und ihre Hofiererei sind. Sich mit einer solchen Situation zu arrangieren und das Maul zu halten, kommt für uns grundsätzlich nicht in Frage. Wir wissen aber, daß die Zukunft wohl kaum eine Besserung bringen wird und wir immer mehr mit dem Rücken Richtung Wand gedrängt werden. Es würde uns unseres Erachtens allen zur notwendigen

Ernüchterung verhelfen, wenn wir angesichts solcher Verhältnisse die Revolutionsträume - sagen wir mal vorsichtig - zumindest relativieren. Wir brauchen uns auch in punkto Antifaschismus nichts vormachen. Gegen die Nazis und die, die sie wohlwollend dulden bzw. verharmlosen, wird uns niemand hierzulande zur Seite stehen, außer wir uns selbst. Umso wichtiger ist es, daß wir, die wir hier demonstrieren, uns durch nichts einschüchtern lassen und uns gegenseitig versprechen, in unserem antifaschistischen Kampf nicht von allein nachzulassen.
Saalfeld am 14. März 1998,
Bündnis gegen Rechts, Leipzig
Kontakt: Bündnis gegen Rechts c/o VL, PF 54,04251 Leipzig Fax. 0341- 96 08 303

Mord an 14-jähriger

Etwa 1000 Menschen nahmen an der Trauerdemonstration am 28.März 1998 für die ermordete Schülerin Jana Georgi teil. Sie wurde am 26. März 1998 von dem 15-jährigen Michael P. auf offener Straße erstochen. Die Saalfelder Polizeisprecherin Liane Matthis beschrieb den Jugendlichen wie folgt: "Der Täter war ein Möchtegern-Rechter, der aber von der rechten Szene nicht richtig akzeptiert wurde."
Michael P. hatte angegeben, sie aus Rache ermordet zu haben, da sie ihn letzten Herbst als Scheiß-Fascho beschimpfte.
Jana befand sich mit ihrer Freundin auf dem Weg zu einem linken Jugendtreff, als sie von rechten Jugendlichen angepöbelt wurde. Innerhalb kürzester Zeit zog Michael P. sein Messer und stach auf Jana ein. Sie verblutete auf dem Weg ins Krankenhaus.
Die Polizeisprecherin meinte, daß "ein politischer Bezug (...) nicht gegeben" sei, dieser aber "auch nicht ganz auszuschließen". Das Mädchen selbst gehörte nach Angaben von Polizei und Saalfelder AntifaschistInnen zum Umfeld der linken Szene.
Es geht nicht um die Frage, ob Michael P. nun der überzeugte mit einem verfestigten faschistischen Weltbild versehen Fascho war, was den Mord dann erst zu einer politischen Tat macht. Rechtes Gedankengut, welches in weiten Teilen der Bevölkerung verankert ist, hat zu einem gesellschaftlichen Klima geführt, in dem Menschen, die anders sind bzw. aussehen, sich der Gefahr aussetzen, umgebracht zu werden.
Um darauf aufmerksam zu machen, daß solche Umstände nicht tatenlos hingenommen werden können und daß Bestürzung nach einem Mord nicht reicht, waren auf der Demo, welche eigentlich als Trauermarsch angedacht war, Sprechchöre zu hören, die klar zum Handeln aufriefen: "Wut und Trauer über den Mord - Kampf dem Faschismus an jedem Ort". Diese gesellschaftsbedrohenden Sprüche waren dann der Polizei die willkommene Erklärung für das ständige Abfilmen der Demonstration, so-

Gegen 14 Uhr verteilen in Saalfeld DGB und PDS Aktivisten Flugblätter. Ankommende Personen (ca. 20) werden verhaftet.

Auf dem Geraer Bahnhof werden 60 Menschen verhaftet.

In Saalfeld selbst werden 50 Personen in Gewahrsam genommen.

Gegen 14 Uhr demonstrierten in Jena ungefähr 100 Menschen gegen das Verbot der Demonstration in Saalfeld.

Von 15 bis 17 Uhr demonstrierten 300 Menschen trotz Demonstrationsverbot ohne Zwischenfälle.

Um 15.30 Uhr blockieren 600 DemonstrantInnen, welche nicht zur Spontandemonstration nach Erfurt gelangen konnten die A9 und werden gegen 16.30 Uhr eingekesselt und gegen 19 Uhr unter massiven Polizeiaufgebot ins Gefängnis von Unterwellenborn gebracht.

Von 16 bis 19 Uhr demonstrierten 500 Menschen in der Leipziger Innenstadt unter dem Motto „ 1933 .- Verbot der Gewerkschaften. 1997 - Verbot der Gewerkschaftsdemo".

Am frühen Abend demonstrierten in Dessau etwa 70 Antifas

Im Leipziger Stadtteil Connewitz wurde noch in der Nacht eine Filiale der Sparkasse mit Steinen attackiert und eine benachbarte Kaufhalle fiel einem Brandanschlag zum Opfer.

wie für das permanente Polizeispalier...
Am selben Abend randalierten nach Augenzeugenberichten Faschoglatzen in der Innenstadt von Saalfeld - freilich ungestört von Bullerei und Antifa. So ist das nunmal in Saalfeld.

Presseerklärung
1.000 Menschen bei der Demonstration in Gedenken an Jana
"Wandelt Wut und Trauer in Widerstand"

Mehr als 1.000 Menschen gedachten am Samstag, dem 28. März, der 14-jährigen Jana G., die zwei Tage zuvor im Saalfelder Stadtteil Gorndorf von einem 15-jährigen rechtsorientierten Jugendlichen erstochen wurde.
Die Redner warnten vor einer rechten Normalität, in der Morde an Andersdenkenden und Andersaussehenden, AusländerInnen und Linken möglich wurden und immer häufiger werden.
Die Veranstalter wiesen den Vorwurf zurück, den Tod von Jana zu instrumentalisieren. Wer weitere Gewaltaten gegen Andersdenkende auch in Zukunft verhindern wolle, dürfe nicht schweigen, sondern müsse der organisierten Rechten den Nährboden entziehen. Sie brachten ihre Hoffung zum Ausdruck, nie wieder in Saalfeld aus diesem Grund demonstrieren zu müssen..
Die Behauptung der Behörden, die Tat habe keinen politischen Hinetrgrund, greife zu kurz. Der Täter gab bei seiner Vernehmung an, sich als rechts einzuordnen und Jana als links. Der Anlaß für seine Tat sei eine Beleidigung durch Jana als "Scheiß-Fascho" im Herbst des Vorjahres gewesen. Auch die Polizei teilte mit, der Täter habe sich bei den Rechts-

extremisten etablieren wollen.
Bereits unmittelbar nach der Tat hatten Rechtsextremisten den FreundInnen des Opfers angedroht, sie "ebenfalls abzustechen". Auch TeilnehmerInnen der Mahnwache am Freitag wurden von Neonazis angedroht: "Euch kriegen wir auch noch".
Die Niederlegung von Blumen am Tatort durch die NPD sei eine Verhöhnung des Opfers und müsse als taktische Entscheidung gewertet werden, so daß Bündnis.

rechts und links: Demo am 28.3.98

Die Organisatoren der Gedenkveranstaltung fordern nun von den behörden, die Hintergründe der Tat vollständig aufzuklären. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die meisten rassistischen und faschistischen Übergriffe von sogenannten "Einzeltätern" verübt würden, die in eine rechte Subkultur oder lose Gruppenstrukturen, nicht aber in Parteien oder Organisationen eingebunden seien. Über ein gefestigtes rechtes Weltbild verfügten die meisten Rechtsextremisten erst ab einem Alter von etwa 18 Jahren, was die jüngeren jedoch nicht hindere, genau zu wissen, wer als "undeutsch" anzusehen und anzugreifen sei.
Die Veranstalter erinnern an die Aussage des Brandenburger Generalstaatsanwaltes Rautenberg, daß sich in der rechten Jugendszene eine "faschistoide Gewaltbereitschaft" gegen den Menschen entwickelt habe, "die einfach nur anders sund". Sie breche besonders dort hervor, wo die Nazis versuchten, sogenannte "national befreite Zonen" zu schaffen. Eines der strategischen Ziele dieses Konzeptes sei der Saalfelder Stadtteil Gorndorf, den auch der terroristische "Thüringer Heimatschutz" für seine Agitation nutze.
Als "ungeheuerlich" bezeichnete das Saalfelder Bündnis gegen Rechts den Vorwurf der "BILD-Zeitung", Antifaschisten hätten den Mord an Jana zu verantworten. Mit diesem Entlastungsargument gebe die "BILD-Zeitung" der organisierten Rechten Rückhalt für weitere Gewaltaten.
Auch in Jena und Berlin fanden am 27.März Gedenk- und Protestveranstaltungen statt.
Bündnis gegen Rechts Saalfeld

Leisnig - just another brown town?

Leisnig ist eine alte Stadt im Freistaat Sachsen mit historischem Stadtkern und großer Burganlage. In malerischer Berganlage an der Freiberger Mulde 220m über Normalnull gelegen, ist sie auch als Stadt der Baumblüte bzw. "Stadt auf dem Berge" bekannt. Leisnig befindet sich im Regierungsbezirk Leipzig, Landkreis Döbeln, hat rund 8000 EinwohnerInnen und jede/r davon will, daß Leisnig eine schöne, am besten eine ruhige Stadt ist und bleibt. Die CDU regiert mit einer absoluten Mehrheit und stellt den Bürgermeister Heiner Stephan. Die Leisniger Jugend trifft sich an verschiedenen Plätzen, so z.B. auf dem Markt, an der Postmeilensäule oder am Apiandenkmal. Fast am Rande der Stadt steht ein Asylbewerberwohnheim in dem 70 Afghanen leben. Jedoch:

Die Entwicklung der Neonaziszene von 1991 bis 1996

Nach der Wende bildete sich in Leisnig schnell eine rechte Szene, die nach und nach mehr Jugendliche um sich sammelte.
Es formierte sich die Gruppe "Jungsturm Leisnig" (JSL). Eine Gruppe, die weniger durch ihre politische Arbeit glänzte, als sich durch primitive Gewaltexzesse hervortat. Auf ihr Konto geht auch der Überfall auf das Leisniger Asylbewerberwohnheim in der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1991. Es gab zahlreiche, zum Teil Schwerletzte. Da bei dem Überfall auch die gesamte Einrichtung des Wohnheims demoliert wurde, wurden die Flüchtlinge nach Delitzsch verlegt. Dort starb ein Afghane, weil er (so meldete die Presse) nicht ausreichend versorgt wurde. Am 17./18. August 1991 wurde ein Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim verübt. Dabei erlitten mehrere AsylbewerberInnen Brandverletzungen.
In der Sylvesternacht 1993 trafen sich einige Studenten mit Kerzen in den Händen auf dem Markt. Leisniger Neonazis vermuteten dabei einen politischen Hintergrund und überfielen diese Gruppe. Dabei wurde ein Student schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Danach wurde Leisnig etwas ruhiger.
Doch am 22. Juni 1996, zur 950 Jahrfeier der Stadt, gab es erneut einen Überfall auf das Leisniger Asylbewerberwohnheim. Vierzig Neonazis aus Leisnig und Umgebung versammelten sich vor dem Heim und provozierten die BewohnerInnen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung griff die Polizei ein und nahm einige der Angreifer fest.
Es gibt in Leisnig aber nicht nur das Problem mit offensichtlichem Faschismus, sondern auch mit alltäglichem Rassismus, so z.B. der Eis-

Chronik neofaschistischer Aktivitäten in Leisnig 1997

Januar 1997
in der Silvesternacht werden auf dem Leisniger Markt Jugendliche brutal von Neonazis zusammengeschlagen.

Februar 1997
Im Jugendclub „Terrasse„, welcher mit monatlich 300 DM von der Stadt finanziell unterstützt wird, treffen sich regelmäßig Neonazis aus Leisnig und Umgebung. Hier treffen sich an den Wochenenden ca. 50-70 Neonazis aus dem gesamten Umland, unter anderem aus Colditz und Wurzen. So kommt es auch hier zu Übergriffen, so werden zum Beispiel Autos mit Baseballschlägern und Eisenstangen beschädigt, Besucher ohne Vorwarnung verprügelt und faschistische Ideologie durch Musik und Propagandamaterial verbreitet. Dieser Jugendclub wird kurze Zeit später, aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen und besorgten Bürgern geschlossen.

März 1997
Am vorletzten Märzwochenende überfallen Neonazis aus Torgau-Oschatz und Colditz- Hausdorf zum wiederholten mal den Zschoppacher Jugendclub. Personen werden nicht verletzt (der Jugendclub war zu diesem Zeitpunkt geschlossen). Es werden die Fensterscheiben eingeschlagen, in den Club eingedrungen und das Inventar stark beschädigt.

April 1997
05.04. 97
In Keuern in „Dost's Gasthof„ findet eine Veranstaltung der DSU statt. Als Redner tritt Pierre Krebs, ein bekannter Rechtsextremist und Leiter des Thule-Se-

verkäufer am Markt, der keine farbigen MitbürgerInnen bedienen will.

Ignoranz der Behörden

Das Problem des Neofaschismus in Leisnig wird durch die Verantwortlichen der Stadt Leisnig meist überspielt. Gerade Heiner Stephan (Bürgermeister) und der CDU-Fraktionsvorsitzende Manfred Wehrmann argumentieren in der Öffentlichkeit über Vorfälle und klare Fakten hinweg. Dabei wird nicht nur behauptet, daß "Leisnig kein Nazitreff sei" (Zitat: H. Stephan, Döbelner Anzeiger 25.10.1997), was alleine schon durch die Anzahl der Polizeieinsätze gegen rechte Gewalttäter widerlegt wäre, sondern auch ohne jeden Grund gefordert: "Doch auch Asylbewerber müssen sich so benehmen, daß sie keinen Anlaß zu Anschlägen geben..." (Zitat: M. Wehrmann, Döbelner Anzeiger 25.10.1997).
Vielmehr versucht die Stadt mit Alibiprojekten, wie dem Jugendclub "Terasse" ihr Ansehen im Thema Jugendarbeit zu verbessern. Der klägliche Versuch endet als Treffpunkt der neofaschistischen Szene, von wo aus sich die Faschos formieren, gewalttätig agieren und ihre Ideologie durch Musik und Propagandamaterial verbreiten können.
Anstatt das neofaschistische Problem an der Wurzel zu fassen, wird in Leisnig ein konstant ignoranter Kurs weitergefahren, der die Formierung des rechten Konsens in Leisnig nicht im geringsten einschränkt. Im Gegenteil: Mit Aussagen in der Tagespresse wird gezielt gegen AntifaschistInnen argumentiert und statt Jugendprojekte mit geschultem Fachpersonal zur Verfügung zu stellen, gestaltet die Stadt nichts als Perspektivlosigkeit.
Wir denken, daß das Problem auf keinen Fall gelöst werden kann, indem man es ignoriert, wenn man überhaupt Ignoranz unterstellen darf.
Deshalb ist es unser Anliegen, gemeinsam mit den Leisniger BürgerInnen ein Zeichen zu setzen, gegen Neofaschismus, der ein bedrohliches Ausmaß annimmt.

Rechte Organisationen und Gruppierungen in Leisnig und Umgebung

Der Landkreis Döbeln ist ein Zentrum für organisierte Plattformen aus dem rechten Spektrum. In den letzten Jahren haben sich hauptsächlich in Döbeln und Leisnig sichtbare Strukturen aus dem Netzwerk angesiedelt, vertreten durch verschidenen Organisationen und Gruppierungen. Ihre Forderungen, "Die nationale und antikapitalistische Wirtschaftsordnung" jetzt zu schaffen, ist der Versuch, mit sozialer Demagogie und in scheinbarer Solidarität mit den am stärksten von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffenen Teilen der Bevölkerung, ihre Ziele zu erreichen. Eine besondere Stellung nimmt hier die NPD ein, die ein Sammelbecken

minars auf. Die Thulegesellschaft ist ein neuheidnischer Orden mit Mitgliedern wie Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Rudolf Hess.
Etwa 40 AntifaschistInnen demonstrieren daraufhin spontan vor der Veranstaltungsstätte. Die Polizei schützt die Veranstaltung und sorgt so für einen reibungslosen Ablauf.

Mai 1997
01.05.97
In Grimma können gegen 10 Uhr ca. 200 Neonazis ungehindert demonstrieren.
Trotz Verbotes beteiligen sich mehrere Leisniger Neonazis an den Aktivitäten der NPD in Leipzig.

08.05.97
Am späten Abend versammeln sich auf dem Leisniger Markt, vor der Kneipe „Alibi„, 20-30 Neonazis aus Leisnig und Umgebung und grölen Parolen, wie „Hier marschiert der nationale Widerstand„. Daraufhin kommt es zu Diskussionen zwischen den Besuchern des „Alibi„ und den Neonazis, dabei werden zwei Personen von den Nazis verletzt. Die Polizei versucht die Situation zu beruhigen, indem sie allen Anwesenden einen Platzverweis erteilt.
Björn Zeuchner aus Minkwitz (Vorort von Leisnig) wird wegen Beleidigung angezeigt, nachdem er farbige MitbürgerInnen rassistisch beschimpft hat.

Juli 1997
28.07.97
Gegen 19.15 Uhr kommt es auf dem Leisniger Markt zu einem Anschlag auf eine Gruppe Jugendlicher. Von einem Fahrzeug aus wurde auf die Jugendlichen, welche vor einer Dönerbude standen, mit Signalmunition beschossen. Bei dem Schützen handelt es sich um den 16jährigen Jörg Wetzorke, welcher gegenüber der Polizei die Tat gestand und wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Dieser ist der Polizei bereits als Rechtsextremist und Straftäter bekannt und wurde schon bei Überfällen auf ausländische Mitbürger festgenommen (Überfall auf polnische Gastarbeiter in Dürrweitzschen).

August 1997
17.08.97
Zum Gedenken an den 10. Todestag von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß planten Neonazis eine Demonstration in Leisnig, welche glücklicherweise nicht stattfand. An einem Auto aus der Umgebung, welches demonstrativ über den Marktplatz fuhr war eine Reichskriegsflagge angebracht worden. Schon 14 Tage vorher wurden in Leisnig massiv Aufkleber mit dem Motto: „Rudolf Hess - Märtyrer des Friedens„ und „Rudolf Hess - Auf zum Gedenkmarsch„ geklebt.

19.08.97
Am Apiandenkmal treffen sich erstmals wieder Faschos aus Leisnig und Umgebung (vorheriger Treffpunkt war der Spielplatz am Burglehn). An diesem Treffpunkt hören die Neonazis verfassungswidrige Musik unter anderem von der Band „Radikahl„ mit Textstellen wie „wir hissen die rote Fahne mit dem Hakenkreuz„. Das Tragen von Gaudreiecken und anderen verbotenen Symbolen ist in diesem Personenkreis selbstverständlich.
Von hier aus werden Gewalttaten mit faschistischen und rassistischen Hintergründen geplant und auch ausgeführt.

25.08.97
Ein Großaufgebot der Polizei, u.a. SOKO REX und LKA, stellt die Personalien der sich am Apiandenkmal befindlichen Faschos fest, dabei wird ein Neonazi festgenommen, welcher vorher einen Jugendlichen zusammenschlug.

26.08.97
Wieder gibt es eine Schlägerei, bei der ein Jugendlicher von einem Fascho leicht verletzt wird, die Polizei schreitet nicht ein.

Oktober 1997
10.10.97
Nach 23 Uhr versuchen ca. 15-20 Neonazis in das Gelände des Leisniger Flüchtlingsheimes einzudringen. Ein Afghane stellt sich ihnen in den Weg, dabei mißhandeln sie ihn mit Baseballschlägern und schossen ihm mit einer

für Rechtsextremisten darstellt. In Leisnig gibt es ein aktives Parteipotential der NPD:
Der ehemalige Anstaltsleiter der Landesklinik für Psychatrie Hochweitzschen und Vorsitzender des DVU-Landesverbandes Sachsen wirbt in der Bevölkerung öffentlich BürgerInnen für seine Partei. Nach Bekanntwerden muß er seinen Posten als Anstaltsleiter aufgeben.
Noch 1994 gibt es aktive Mitglieder der verbotenen "Nationalen Front" in Leisnig, besonders zu erwähnen sind die bekannten Neonazis Uwe Schwarzenhols, auch in der Wikingjugend aktiv und Björn Zenscher. Letzterer fällt im Zusammenhang mit kriminellen Handlungen rechtsradikalen Hintergrunds auf und wird als Anwerbungskader der NF geführt. Er versorgt die Leisniger Faschoszene mit Informationen und Propagandamaterial.
Die Kameradschaft Mittelsachsen, im Zusammenhang mit dem Besitzer eines Antiquitätenladens, Thomas Mallkowskie, der die rechtsextreme Zeitschrift "Neue Werte" herausgibt, nimmt eine wichtige Position in der Neonaziszene eine. An dieser Zeitung arbeitet u.a. auch Uwe Schwarzenhols mit.
Am 4. April 1997 fand in "Dost's Gasthof" eine von großem Polizeiaufgebot geschützte Versammlung der DSU statt. Als Redner trat der bekannte französische Rhetoriker Dr. Pierre Krebs, ein Rechtsextremist in Erscheinung. Ein Großteil der Besucher stammte aus dem NPD-Umfeld.
Am 10. Juni 1997 gründete sich der Kreisverband Döbeln der NPD und der JN, zur Zeit die populärste Partei des braunen Netzwerks und Auffangbecken für Mitglieder zerschlagener Neonaziorganisationen, unter Leitung von Anja Ubricht.
Seit Ende 1997 wird im Landkreis Döbeln, insbesondere in den Städten Leisnig und Döbeln, massiv Prpagandamaterial faschistischer Organisationen verteilt.

Im Vorfeld der angemeldeten Demonstration am 4. April kam es ähnlich wie in Saalfeld zu einer Diffamierungskampagne in der Leisniger Öffentlichkeit gegenüber den Anmeldern und Unterstützer der Demonstration. Dabei wurde vorsätzlich die Angst vor Ausschreitungen geschürt, war nicht mehr von einer antifaschistischen Demonstration die Rede, sondern nur noch von Chaoten, die Leisnig und Umgebung plattzumachen drohten. Nach der Hysterie wäre es aber angebracht.
Auslöser dafür war eine von Frank Schwerdt (NPD-Bundesvorstand) angemeldete Gegendemo unter dem Motto "Stoppt die Kommunisten in Leisnig und überall - Gegen linke Gewalt". Das Landratsamt in Döbeln reagierte eher panisch und bot ein Kooperationsgespräch den Faschisten an, welches am 31. März mit der Polizei und des Landratamtes stattfand. Gleichzeitig wurde ein Verbot aller "linker Aufmärsche im Landkreis" gefordert, was das Landratsamt Döbeln auch tat. Der Wider-

spruch war zunächst erfolgreich, das OVG Bautzen entschied aber, daß das Verbot bestehen bleibe. Für die Neonazis ein Erfolg, da sie gar nicht vor hatten, in Leisnig zu marschieren, denn sie waren auf ein Verbot der antifaschistischen Demonstration aus. Zum 4. April wurde noch zu einem NPD-Aufmarsch in Klötze mobilisiert. Die Leisniger Bevölkerung reagierte erleichtert und Otto-Normalverbraucher konnte sich beruhigt in seinen Furzsessel zurücklehnen. Etwa 800 Polizisten kontrollierten alle Straßen in und um Leisnig. Etwa 40 Antifaschisten wurden festgenommen, da nicht rechtzeitig die Nachricht über das Demonstrationverbot sie erreicht hatte. Dabei gingen die Einsatzkräfte äußerst brutal vor und verletzte einige der Festgenommenen. Die üblichen Waffen wurden gefunden, von im Auto liegenden Schraubenschlüsseln bis zum potentiellen Molotow Bereitsteller "Benzinkanister" . Neonazis wurden nicht gesehen, was Bestätigung ist, daß diese nicht vorhatten aufzumarschieren, sondern nur ein Verbot wollten. In der Internet-Ausgabe der faschistischen BBZ (Berlin Brandenburger Zeitung) war auch zwei Tage später von Antifa-Feiglingen die Rede, die es nicht auf die Reihe gekriegt hätten, eine Demonstration durchzuführen. Ich (d.S.) könnte ja in NPD-Manier schreiben, daß mindestens, wenn nicht noch mehr, abertausende von Antifas in Richtung Leisnig unterwegs waren, was allerdings peinlich wäre. Tatsache ist, daß das Landratsamt Döbeln und das OVG Bautzen das geltende Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration ausgehebelt haben und auf die Forderung der Faschisten eingegangen ist. Aber heute ist nicht alle Tage - wir kommen wieder keine Frage!

Gaspistole ins Gesicht. Er mußte danach ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Angreifer flüchteten nach dieser Aktion unerkannt.

21.10.97
Gegen 16.30 Uhr wird ein Afghane im Zentrum von Leisnig von einem Neonazi mit einem Bleirohr brutal zusammengeschlagen. Der Verletzte wird wegen einer gebrochenen Nase und Verletzungen am Bein stationär behandelt.

November 1997
22.11. 97
Im Schützenhaus in Leisnig soll ein Faschokonzert mit der Band „Proissen Heads„ stattfinden, welches als Geburtstagsparty getarnt war. Durch Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen wird dieses verhindert. Mehr als 300 Neonazis, darunter auch bekannte NF-Mitglieder waren im Schützenhaus. Die Polizei räumte das Gebäude.
Einige Konzertbesucher versuchten bewaffnet in das Asylbewerberheim einzudringen, die Polizei konnte diese jedoch aufhalten.

presseinformation

Presseinformation 24.01.1998

Antifaschistische Pro-AustellungsdemonstrantInnen von NPD-Kadern angegriffen

Angegriffene erheben schwere Vorwürfe gegen die Polizei
AntifaschistInnen vertreiben Nazis

Auf dem Weg zur Dresdner Demonstration "Verbrechen lassen sich nicht leugnen - Den Naziaufmarsch verhindern" wurde ein Zug mit antifaschistischen DemonstrantInnen in Wurzen angegriffen.
Bei den Angreifern handelte es sich um Kader der NPD aus Leipzig und Wurzen sowie Mitglieder faschistischer Kameradschaften. Die Angreifer hatten sich auf dem Bahnhof in Wurzen versammelt. Als der Zug in den Bahnhof eingefahren war, bewarfen die Anhänger der NPD den Zug mit Steinen. Die Polizei zog sich zu diesem Zeitpunkt vom Bahnsteig zurück und griff von da ab nicht mehr in das Geschehen ein.
Anschließend versuchten die Nazis, in den Zug einzudringen. Als ihnen das nicht gelang, bewarfen sie erneut den hinteren Teil des Zuges mit Steinen. Dort konnten sie schließlich auch in den Zug eindringen. Im Zug attackierten die NPD-Anhänger mitreisende antifaschistische DemonstrantInnen.
Kurz nach dem Bahnhof Wurzen kam der Zug erneut zum Stehen. Dort gelang es dann, die angegriffenen DemonstrantInnen aus der Gewalt der Nazis zu befreien. Während die Nazis "Die SA marschiert" gröhlten, setzten sich die Angegriffenen zur Wehr. Die Polizei erschien über eine halbe Stunde lang nicht vor Ort, in dieser Zeit gelang es die Nazis zu vertreiben.

Wir kritisieren auf das schärfste das Verhalten der Polizei. Die Polizei setzte den gesamten Zug dem offensichtlich geplanten Angriff aus. Dabei nahm sie weder Rücksicht auf die DemonstrantInnen noch auf die anderen Fahrgäste des Zuges, die sie hinter zersplitternden Scheiben einfach ihrem Schicksal überließ. Nach den Vorfällen, war eine rechtzeitige Anreise zur Demonstration in Dresden nicht mehr möglich.
Für die Geplantheit des Überfalls spricht auch die Zusammensetzung der Angreifer. Unter ihnen befanden sich Mark Hildebrandt, Jaschi Lang, Kai Voigt, Markus Müller, Oliver Androsch und Steffen Rinck.

Markus Müller (Bild) koordinierte als Kameradschaftsführer und NPD-Kreisvorsitzender in Wurzen den Oberfall. Mit dabei sein Stellvertreter Androsch, bereits bekannt als Mitglied der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front (NF). Bei Jaschi Lang und Mark Hildebrandt (ex-FAP) handelt es sich um Leipziger Kader der NPD aus Grünau und Wahren. Auch Steffen Rinck und Kai Voigt sind in der Vergangenheit mehrfach bei Oberfällen aufgefallen.

Unverständlich sind die Pläne der Polizei die DemonstrantInnen in Dresden-Neustadt festzunehmen. Diese Pläne wurden nur dadurch vereitelt, daß die DemonstrantInnen angesichts der Verzögerung beschlossen hatten zurück nach Leipzig zu fahren.
Festnahmen der Nazis durch die Polizei gab es nicht.
Antifaschistische Gruppen Leipzig

Streit in sächsischer NPD setzt sich fort

Am 6. September 1997 fand der 7. ordentliche Landesparteitag der NPD - Sachsen in Ehrendorf statt. Der Tagungsort wurde aus Sicherheitsgründen erst kurzfristig bekanntgegeben.
Auf dem Parteitag, an dem auch der NPD - Parteivorsitzende Udo Voigt teilnahm, kam es wieder zu Auseinandersetzungen zwischen dem Kreisverband Westerzgebirge , welcher dem Deckert-Flügel zugerechnet werden muß, und der Fraktion um den Landesvorsitzenden Sachsens Winfried Petzold bzw. des Landesgeschäftsführers Jürgen Schön. Im Bericht über den Parteitag in der "Sachsenstimme / Nov. Dez. '97" liest sich das folgendermaßen: "Der KV Westerzgebirge war nicht nur mit völlig abwegigen Aktionen des vergangenen Berichtszeitraums "hervorgetreten", auch auf dem Parteitag am 6.9.97 wollten einige Mitglieder dieses Kreisverbandes sinnlose parteipolitische Stagnation praktizieren. Der amt. Landesvorsitzende disqualifizierte diese Machenschaften mit "fehlender Prädestination" seiner wenigen Akteure.
Der Grund für die Auseinandersetzungen waren mehrere Anträge an den Landesparteitag vom Kreisverband Westerzgebirge, welche allerdings von Jürgen Schön im Auftrag von Petzold als nicht beratungsfähig zurückgewiesen wurden. Dabei richteten sich zwei Anträge direkt gegen Jürgen Schön und einer gegen Winfried Petzold. Antrag Nr.7 sollte sich mit der Leistungsfähigkeit des vollbezahlten Schön für die Partei beschäftigen. Der KV Westerzgebirge schätzt diese Leistung gering ein und wollte deshalb, daß der Landesparteitag die Kandidatur von Günter Deckert für die Oberbürgermeisterwahl in Leipzig unterstützt. Dieser hatte angekündigt, kandidieren zu wollen. Der Antrag wurde nicht zur Beratung zugelassen, da sich Jürgen Schön offensichtlich beleidigt fühlte (wegen der Kritik an seiner Person). Zitat aus der Begründung der Ablehnung: "Durch seine Annahme würden strafrechtlich relevante Beleidigungen zum Beschluß des Landesverbandes." Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß der Beschluß über eine Kandidatur beim Kreisverband Leipzig liegt. Dieser ist allerdings wie bekannt nicht gerade Deckert - freundlich.
Ein weiterer Antrag verlangte eine Stellungnahme von Winfried Petzold zu dem Gerücht er habe Ralf Meyer ehem. Mitglied im KV Westerzgebirge wegen des Verdachtes des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen vor Gericht angezeigt. Ralf Meyer war wegen NS -Nähe aus der NPD ausgeschlossen worden. Auch dieser Antrag wurde nicht zur Beratung zugelassen, da "Gerüchte und Unterstel-

Günter Deckert

2. RAUS (durch Verhandlungen) aus den supranationalen Organisationen (NATO, UNO, EU), die Deutschland jährlich Milliarden an Unkosten verursachen!

3. Dem Steuermißbrauch der Superreichen einen rigorosen Riegel vorschieben. Wer in Deutschland Geld verdient, hat in Deutschland Steuern zu bezahlen! Das vagabundierende Kapital im „Spiel ohne Grenzen" muß eine volkswirtschaftlich raumorientierte, ökologische Reglementierung staatlicherseits erfahren. (Schutz des Mittelstandes sowie der Handwerksbetriebe)!

. Die unter Pkt. 2. jährlich eingesparten Milliardenbeträge haben zu dienen:
.1. der Lehre und Forschung! (Vorrang an den Universitäten und Hochschulen muß wieder das Leistungsprinzip haben!)
Schwerpunkt der Forschung muß die Entwicklung neuer Produkte sein, die weltweit zur Revitalisierung der Umwelt dringend benötigt werden.
Nur so kann das Problem Arbeitslosigkeit weltweit gelöst werden!
2. der Unterstützung sozial Schwacher in unserer Gemeinschaft, sowie der Konsolidierung des Haushalts!
Das heutige ALMOSEN vom Sozial-

Das Großkapital hat jetzt schon die Hosen voll: Wenn die NPD erstmal die Nase vorn hat, dann werden aus den Börsen Vokü's!

lungen" nicht Grundlage eines Antrages sein können. Ausdruck der inneren Zerstrittenheit im Landesverband Sachsen ist auch das Erscheinen der ersten Ausgabe des "Sachsenspiegel". Der "Sachsenspiegel" versteht sich ausdrücklich als Konkurrenz zur "Sachsenstimme". Torsten Keil , von 1992 bis 1996 Landesvorsitzender der NPD, beschreibt die Gründe für das erscheinen der neuen Zeitung folgendermaßen: "Die Sachsen - Stimme ist keine NPD - Landeszeitung; sie ist eine zweimonatlich erscheinende Zeitschrift, die offiziell (?) vom derzeitigen Landesvorstand Sachsen herausgegeben wird, aber kaum als NPD - Sprachrohr Sachsens bezeichnet werden kann. Dies liegt vorrangig an jener Person, die das Ganze aus eigener Tasche finanziert. Daß ab und zu ein paar Landesnachrichten eingestreut sind, die natürlich "schön - konform" sein müssen, ändert an grundlegenden Feststellung nichts. ... Der Sachsenspiegel wird in dieser Hinsicht ein Forum für all jene sein, die von schön & Co. mundtot gemacht werden sollen.

Die Vorwürfe gegen Schön erläutert Rene Singer, Vorsitzender des Kreisverbandes Westerzgebirge seit 1990 und Mitglied im Landesvorstand von 1992 - 1996, im ausführlichen Artikel "Jürgen Schön - Anmerkungen zu einem aalglatten Parteienwanderer und Wendehals". Die Hauptvorwürfe des Artikels sind Geldstreben und Verrat. Zitat: "Schön kam schon recht früh mit dem Wendebeginn zur NPD und wurde da "vorzeigbar", auch bald NPD-Landesvorsitzender in Sachsen, nachdem die Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND) auf dem Erfurter Parteitag 1990 Teil der NPD geworden waren. Schön, damals arbeitslos, hatte demzufolge recht viel Zeit , konnte also im Lande unterwegs sein. Er ließ

sich diesen Einsatz recht großzügig ersetzen über die angefallenen Kosten hinaus. Als es mit seinem Wunsch, von der Partei bezahlter (1.) Vorsitzender Landesgeschäftsführer zu werden nichts wurde, und die Rep. damals über ihre EG - Fraktion den mitteldeutschen Landesverbänden monatlich mehrere Tausend DM zur Verfügung stellen konnten, setzte sich schön in Richtung Rep. ab, beschimpfte die NPD und versuchte unter Ausnutzung seiner alten Anschriften und Verbindungen die NPD - treuen Kader mit allen Mitteln abzuwerben. Daß dies nicht gelang, ist einmal das Verdienst der NPD - treuen Amtsträger um Torsten Keil, Ralf Meyer, Stefan Giemsa, Uwe Leichsenring und meiner Person gewesen." Nach dem Wiedereintritt in die NPD sei es Schön gelungen mit Hilfe Günter Deckert in den Parteivorstand der NPD aufzurücken. Als es dann zum bekannten Streit um Deckert 1995 kam , stand Schön anfangs auf der Linie des LV Sachsens, die Deckert unterstützte. Doch auf dem Bundesparteitag in Bad Dürkheim 1996 sei, so der Vorwurf, Schön "umgefallen". Zitat: "Dieser Verrat an Günter Deckert löste dann Spannungen aus, die zum Rücktritt von Torsten Keil und anderen Amtsträgern führte, was aus der Rückschau zwar menschlich verständlich, aber machtpolitisch falsch war, weil j.schön, der als hauptamtlich Bezahlter die Zeit hatte, nun den Apparat ganz in die Hand zu nehmen, was er weidlich ausnutzte, um alle Deckert - treuen Einzelpersonen wie -Kreisverbände madig zu machen."
Der Herausgeber des "Sachsenspiegels" ist Torsten Keil , V.i.S.d.P. ist Siegfried Otto. Völlig Peinlich ist dann die Reaktion der Sachsenstimme (Nov/Dez 97). Während Wolfgang Schüler die Argumente für die Amtsenthebung Deckerts wiederholte: "Günter Deckert ignorierte die Notwendigkeit, daß ein politisch inhaftierter Parteifunktionär Abstinenz von politischer Aktivität üben muß, damit das "System" nicht mitsteuert. Das trifft auch zu auf einen stellvertretenden Vorsitzenden , der vollständigste Protokolle selbst der Sitzungen der Landesverbände usw. in die Haftanstalt

Was Deckert, Schön und Konsorten nicht wissen können: Zecken Never Die!

anfordert, denn: "Vorsicht, System ließt mit" gratuliert Wilfriede Egerer - Gerisch nach Kindergartenmanier: "Wir gratulieren den im Impressum namentlich genannten Personen sowie der hinter ihnen stehenden Intendanz zum Erscheinen des "Sachsenspiegel" Nr.1, Sept. 1997! Wie aus Fachkreisen verlautet, soll anläßlich dieser Erstausgabe des "Sachsenspiegel" eine Preisverleihung für perfekten Dilettantismus an die Herausgeber angeregt worden sein.

Trotz dieser internen Querelen geht der Aufbau von NPD - Strukturen weiter. In einem Artikel der "Sächsischen Zeitung" vom 15.1.98 sagte der Präsident des sächsischen Verfassungsschutz Eckehardt Dietrich, daß die NPD in Sachsen mit ca. 800 Mitgliedern zur Zeit ihre Hochburg habe. Dabei sind schätzungsweise 60 Prozent der NPD - Mitglieder unter 30 Jahre alt. Am 25.Januar gab NPD-Landespressereferent Mike Zimmermann aus Leipzig die Aufnahme des 1000. Mitglied in Sachsen bekannt. Der KV Sächsische Schweiz nahm Karin Woltersdorf mit Blumenstrauß und im Beisein von Udo Voigt auf.

Macht doch!

In der "Sachsenstimme", Ausgabe März/April, in der auch wieder Artikel von M. Zimmermann und ex-DVUer W. Schüler zu bewundern sind, meldete als 1000. Mitglied Carmen Steglich. Auch die Anzahl der Kreisverbände hat sich mittlerweile auf 19 erhöht, nachdem es KV - Neugründungen in Stollberg/Erzgebirge und in Riesa - Großenhain gab. Als Verdienst für den mitgliederstärksten Landesverband erhielt der LV Sachsen auf dem Bundesparteitag der NPD am 10.1.98 (siehe News) 50 Freikarten für die Naziveranstaltung in Passau am 7.2. dieses Jahres, zu der etwa 600 Neonazis aus Sachsen, davon 100 aus Leipzig mit zwei Reisebussen, fuhren. In der "Sachsenstimme Sept." rief die "Kameradin" Anna - Maria Schindler dazu auf, eine Frauengruppe im Landesverband Sachsen zu gründen. Weiterhin gründete sich am 30.11.97 der Arbeitskreis "Christen in der NPD" von vier NPDlern gegründet. Ein weiteres Treffen findet am 10.4. in Leipzig statt. Am 16.11. letzten Jahres, zum Volkstrauertag, legten verschiedene Kreisverbände an Kriegerdenkmalen Kränze nieder. Der KV Leipzig und KV Döbeln führten eine Gedenkveranstaltung für die Naziverbrecher des 2.Weltkrieges durch. In der "Sachsenstimme" ließt es sich wie folgt: "In tiefer Ergriffenheit lauschten die zumeist jungen Teilnehmer dem Trompetensolo von Kamerad König (KV Leipzig)." Weitere

Kranzniederlegungen führten Löbau/Zittau und der KV Muldental durch. Ebenfalls klinkte sich die sächsische NPD in die Arbeitslosenproteste mit ein. In Chemnitz und Dresden verteilten Mitglieder Propagandazeugs an Arbeitsämter mit üblichen Wortlaut über Bonner Politiker usw. und der "herausragenden Leistung" der NPD zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Auch in Leipzig tauchten Flugis massiv, vor allen Dingen in Grünau, auf. Interessant wird auch zu beobachten sein, wie sich die Auflösung der "Nationalen" auf die NPD auswirkt. Die "Nationalen" hatten Mitte November 97 ihre Auflösung bekannt gegeben. Frank Schwerdt, der seit 1993 der Vorsitzende des Vereins war, ist schon seit einigen Monaten Mitglied der NPD und schreibt für deren Zeitung "Deutsche Stimme". Teilweise gab es schon vor der Auflösung personelle Verbindungen und Doppelmitgliedschaften mit NPD -Strukturen, und in manchen Regionen übernehmen jetzt Teile der "Nationalen" die Neugründungen von NPD - Kreisverbänden. Dies betrifft vor allem die Regionen in Brandenburg. Ziel solle es sein, in spätestens einem Jahr einen eigenständigen Landesverband Brandenburg zu gründen, den es bisher nur im Verbund mit Berlin gab. Als Vorstufe dafür hat sich bereits ein Bezirksverband Brandenburg mit Thilo Kabus als Vorsitzenden und Maik Hampel als Stellvertreter konstituiert. Auch in Ostsachsen hatten die "Nationalen" eine eigenständige Struktur. In Weißwasser hatte die "Nationale Jugend" bzw." Die Jung -Nationalen" ihren Sitz. Die dazugehörige Zeitung "Die Kameradschaft" rief schon in ihrer Herbstausgabe zum Eintritt in die JN auf. Durch die Doppelmitgliedschaft seien die "Kameraden" beim Eintritt in die JN vom Mitgliedsbeitrag befreit. Daß die Wahl des Auffangbeckens für die "Nationalen" auf die NPD gefallen ist, verwundert nicht weiter. Während die NPD - Jugendorganisation JN bereits seit einiger Zeit fester Bestandteil des neonazistischen Lagers ist, näherte sich auch die Mutterpartei NPD in den vergangenen Jahren immer mehr dem offen neofaschistischen Spektrum und wurde somit auch für militante Neonazis akzeptabel.

So gesehen ist "Bonn" eigentlich gar nicht uncool...

Mordprozesse in Leipzig

Ende Oktober gingen in Leipzig gleich zwei Prozesse gegen Faschos zu Ende. Beide Male hatte Faschos einen Menschen aus rassistischen Gründen getötet. Motive und ideologische Hintergründe wurden leider erwartungsgemäß von der Staatsanwaltschaft nicht untersucht bzw. bewußt ausgeblendet. In den letzten FRENTE-Ausgaben hatten wir euch bereits ausführlich über die Tathergänge und Prozeßauftakte informiert. Diesmal gibt es nun die Informationen zu den Prozeßenden.

Der Mord an Bernd Grigol

Am 8. Mai 1996 überfielen Faschos in Leipzig-Wahren einen Schwulen. Sie verprügelten und töteten ihn auf bestialische Weise. Elf Tage später wurde die Leiche an einem See gefunden.

Im Oktober diesen Jahres standen wegen diesem Verbrechen Michael Langbein, Rainer Schmidt, David Däbritz und Markus Wendt vor Gericht. Ihre Zugehörigkeit zur Leipziger Faschoszene dokumentierten nicht nur die im Gerichtssaal anwesenden Nazis unter den Besuchern.

Langbein hatte im August 1994 ein Auto gestohlen, mit dem er Handzettel der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) mit der Aufschrift „Türken raus" transportierte. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurde weiteres Nazi-Propagandamaterial gefunden. Desweiteren gab es noch Ermittlungsverfahren bzw. Urteile gegen ihn wegen Diebstahls, Körperverletzung, Urkundenfälschung und Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen.

Rainer Schmidt war mit seinem Bruder Roland Anfang der 90er bei Dirk Zimmermanns Leipziger FAP-Gruppe aktiv. Die Staatsanwaltschaft ermittelte in den letzten Jahren gegen ihn u.a. wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Nötigung, schwerer Körperverletzung, Unterschlagung und Verstoß gegen das Waffengesetz. Die Verfahren wurden z.T. eingestellt bzw. erhielt er Bewährung. Rainer Schmidt war außerdem 1991 an Überfällen auf besetzte Häuser in der Sternwartenstraße und der Berliner Straße beteiligt. Jedesmal gab es mehrere Verletzte.

Rene Lehr war Mitglied der faschistischen Kaderorganisation Nationalistische Front (NF). Außerdem war er an einem Überfall und Brandanschlag auf ein von Studenten bewohntes Haus in der Sternwartenstraße am 29.3.1992 beteiligt. Im Oktober 1992 überfiel er noch mit anderen aus dem FAP/Zimmermann-Umfeld ein Flüchtlingsheim in Eilenburg.

Alle diese und andere Fakten brachten die Staatsanwaltschaft lediglich zu der Erkenntnis, daß das Motiv für das Verbrechen im Dunkeln liegen würde und die Angeklagten „aus Lust und Spaß an körperlicher Mißhandlung" gehandelt hätten. Die Verankerung der Angeklagten in die Leipziger Faschoszene und die eindeutigen rassistischen Motive für diesen feigen Mord wurden bewußt ausgeblendet. Schlagworte wie „ungünstiger Freundeskreis", „Mitglied einer Randgruppe", „Orientierungslosigkeit" oder „mangelndes Selbstwertgefühl" und natürlich wie immer Freund Alkohol waren für die Staatsanwaltschaft Erklärung genug.

Langbein erhielt acht Jahre und Schmidt lebenslang wegen Mordes, Dä-

links: Norman Eisenschmidt, rechts: Daniel Zinsmeyer

britz 4 Jahre und 6 Monate (Vollrausch). Leichenbeseitiger Wendt bekam zwei Jahre Bewährung wegen Strafvereitelung.

Der Mord an Achmed Bachir

Am 7. November ging der Prozeß gegen die Mörder von Achmed Bachir zu Ende. Am 23. Oktober 1996 betraten Daniel Zinsmeier und Norman Eisenschmidt ein Gemüsegeschäft in der Leipziger Karl-Liebknecht-Straße. Die angetrunkenen Faschos beschimpften zunächst die beiden weiblichen Angestellten. Als Bachir schlichtend hinzukam, wurde er vor dem Laden erstochen.

Auch bei diesem Prozeß sah die Staatsanwaltschaft den Wald vor lauter Bäumen nicht. Die rassistischen Schimpfworte, die die Mörder in dem Geschäft verwendeten, wären eigentlich Beweis genug für einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat gewesen, aber alles wie gehabt...

Zinsmeier wurde zu 9 Jahren 6 Monaten verurteilt, Eisenschmidt bekam 4,5 Jahre Jugendstrafe.

Ein reichliches Jahr nach der Wurzen-Demo. Eine ergänzende Einschätzung des Leipziger Bündnis gegen Rechts

"Kampf den braunen Zonen - Den rechten Konsens durchbrechen! - Keine Räume für Faschisten!".

Unter diesem Motto fand am 16.11.1996 eine Demonstration in der idyllischen Kleinstadt Wurzen statt. Ca. 6000 Antifaschistinnen und Antifaschisten konstatierten "Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen" und versuchten die Faschohochburg Wurzen und den gesamten Muldentalkreis in die Öffentlichkeit zu bringen. Dies ist uns gelungen. Fast alle Medien berichteten von der Demo und Wurzen hatte sein Stigma als rechte Hochburg weg1. Was jedoch heute, ein Jahr danach, von der Euphorie und von konkreten Ergebnissen der Demonstration und der ihr vorausgegangenen Öffentlichkeitsarbeit übriggeblieben ist und wie sich die Situation in Wurzen, respektive im gesamten Muldentalkreis, verändert hat, wollen wir hiermit einer kritischen Analyse unterziehen.

Es scheint so, als wäre in Faschotown Ruhe eingekehrt. In den Medien gab es seit einem Jahr keine Schlagzeilen mehr, die im Zusammenhang mit der rechten Szene im Muldentalkreis stehen. Der Pressesprecher des LKA stellt fest, daß sich die Lage "zumindest an der Oberfläche" beruhigt hätte und der Verfassungsschutz halbiert die Anzahl der Rechtsextremisten im Muldentalkreis seit der Demo.

Von einem grundlegenden Wandel im Muldentalkreis kann jedoch keine Rede sein. Der scheinbar eingetretenen Ruhe widersprechen zum einen der hohe Aufwand der Soko Rex (Sonderkommision Rechtsextremismus), die Aktivitäten der rechten Jugendlichen einzudämmen, und zum anderen die Tatsache das dies nicht gelingt, wie man der angefügten Chronik der uns bekanntgewordenen Faschoaktivitäten entnehmen kann.

Wir versuchen anhand der dem damaligen Demoaufruf zugrundeliegenden Analysen (zu Bevölkerung, Jugendpolitik, faschistischen Strukturen etc.) eine aktuelle Einschätzung zu geben, wie sich die Verhältnisse im Muldentalkreis geändert haben und warum wir mit dem Anliegen der Demonstration recht behalten haben.

Die gesellschaftliche Situation - Bevölkerung

Ein Jahr, nachdem wir anläßlich der Wurzen-Demo 1996 gleichzeitig versuchten, die Wurzener Gegebenheiten in einen Gesamtrahmen gesellschaftlicher Analyse einzubetten, lassen sich weder grundsätzliche Brüche in der Gesamtentwicklung konstatieren noch Veränderungen zum Besseren ausmachen.

So wollen wir weder noch einmal an dieser Stelle auf die neue alte Großmachtpolitk des neuen alten Deutschlands eingehen, die im Ergebnis der Wiedervereinigung durch die Beendigung der Nachkriegssituation möglich geworden ist, noch wollen wir das historische Verständnis der Deutschen nach Auschwitz in den Mittelpunkt stellen und den vorhandenen antisemitischen Gehalt dieser Gesellschaft explizit darstellen. Auch eine Kritik an der deutschen Linken sprengt an dieser Stelle den Rahmen eines kurzen Abrisses unserer Sichtweise auf die deutsche Gesellschaft.

Unsere Einschätzungen von einem aus der Mitte der deutschen Gesellschaft kommenden offenen Rassismus und Nationalismus eben anhand von Wurzen, haben sich im wesentlichen bestätigt. Anhand eines vor einem Jahr jedoch unterbelichteten Aspektes, der für die gesellschaftliche Konstituierung immer wesentlicher wird, sollen hier einige Ausführungen zur Verfaßtheit der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft folgen.

Die Konjunktur, die der Sicherheitswahn sogenannter Innerer Sicherheit derzeit erlebt, hat seinen Zenit bei weitem noch nicht überschritten. Allerorts trifft die verschärfte Hetze gegen diejenigen, die nicht in den traditionell deutschen Wertekram von "ordentlich, fleißig, sauber und diszipliniert" passen, auf offene Ohren und Zustimmung. Nicht jedoch, weil eine perfekte Manipulationsmaschinerie "von Oben" störungsfrei funktioniert. Nein, schon deshalb nicht, weil der Bodensatz an Denkmustern der sogenannten Normalbevölkerung als fruchtbarer Adressat höchst erfreut die Hetzkampagnen aufgreift, multipliziert und regelrecht - "von Oben" - herbeisehnt. Dabei entsteht eine allmächtige Halluzination von angeblich umherschweifender Kriminalität.

Nicht weiter verwunderlich ist, daß dieses vollkommen überzogene, substanzlose Sicherheitsbedürfnis "die Gewalt" als zusammenhanglosen Popanz alles Schrecklichen begreift. Das Gemisch aus Anti-"Gewalt"- gleich Anti-"Kriminalitäts"-Konsens braucht zum praktischen Verständnis des deutschen Normalbürgers konkret ausgemachte Feindgruppen, die für alles angeblich Schreckliche schuldig gesprochen werden können. So trifft es am härtesten Migranten und nicht-deutsche Arbeiter. Mit einigem Abstand gefolgt von Obdachlosen, regelmäßigen Konsumenten von harten Drogen, Punks, Graffiti-Sprayern und Homosexuellen.

Entscheidend für das karitative - sprich: hilfsbereite Verständnis der Normalbevölkerung ist der oben beschriebene traditionelle deutsche Wertekanon und die Ablehnung bzw. bestenfalls ausgeprägte Skepsis gegenüber dem als "fremd" empfundenen. Genau deshalb erlebt man allenthalben in Deutschland, wie verständnisvoll Jungnazis umhegt und gepflegt werden. Schließlich haben diese dieselben Feindbilder und Werte.

Nicht zuletzt das macht die immer populärer werdende Nazi-Jugend-Subkultur zu einer völlig konformistischen Rebellion, die nicht gegen die Stärkeren zieht, sondern grundsätzlich gegen die Schwächsten in der Gesellschaft. So ist der Beifall trotz vorgeblicher Anti-"Gewalt"-Haltung garantiert.

Alles Gerede von einem starken Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Stadt und ländlichem Gebiet, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als nuancierte Facette ein und derselben Medaille. In den Landstrichen bzw. Stadtgebieten, die für weniger ausgeprägten Alltagsrassismus in der Öffentlichkeit stehen sollen, kann der mehrheitlich getragene rassistische Konsens jedoch nicht ganz so ungestört zu Tage treten wie in ländlichen Gegenden. Für diesen Störeffekt sind aber ausschließlich als marginal zu bezeichnende Gruppen und Einzelpersonen verantwortlich, die gegen Alltagsrassismus und alltägliche Auswirkungen staatlicher Politik Widerstand leisten. Wie schwer sich darüberhinausgehende überregionale Interventionen von beispielsweise bundesweiter Bedeutung für uns darstellen, widerspiegelte sich eben auch in der intensiven Mobilisierung für unsere Demonstration im November '96, die letztlich nur dadurch zu einem Erfolg werden konnte.

Einen liberalen Deckmantel hat diese Gesellschaft endgültig verloren. Die Hinwendung zum Standortpatriotismus als Antwort auf eine angeblich allumfassende ökonomische und kulturelle Globalisierung steht mittlerweile im Zentrum aller Argumentationen - gepaart mit der notorischen Totalitarismusdoktrin, die den "Extremismus" von "Links" gleich dem von "Rechts" setzt. Mit dem Unterschied, daß in aller Regel im Gegensatz zur Verharmlosung nazistischer Bestrebungen zuvor aus gesellschaftskritischen Menschen "Linksextremisten" erst konstruiert werden.

Die Rolle, die den Nazis zufällt, ist von seiten der deutschen Öffentlichkeit betrachtet, eine instrumentalisierte. Nazis dienen der Normalbevölkerung wie der staatlichen Politik als Abgrenzungs- und damit Legtimationszweck eigener Rassismen und Nationalismen: Wo Nazis als solche ausgemacht sind, können die offiziellen Politiker und deren normale Wähler ja nicht so schlimm sein.

Bezeichnenderweise, das zeigt sich tatsächlich überall, werden die jeweilig lokal agierenden Nazis erst gar nicht als solche wahrgenommen und regelrecht weggelogen. Zum Ausdruck kommt dabei, wie fließend die Grenzen wirklich sind. In größeren Städten mag die gegebene Anonymität den immer mehr zum Pseudounterschied zwischen demokratischer Öffentlichkeit und Nazis werdenden Clinch noch eine Weile aufhalten. In Wurzen haben wir uns die Mühe gemacht, diese Zusammenhänge peu a peu anhand der lokalen Gegebenheiten zu durchleuchten und konnten dadurch an der Oberfläche durchaus einiges bewirken. Geglaubt haben wir dabei, einer völlig neuen Dimension von Klüngel und Hofiererei durch Bevölkerung, Behörden und Nazis auf der Spur zu sein. Unsere intensiveren Betrachtungen anderer Landstriche, Städte und Regionen in diesem Deutschland haben uns inzwischen eines anderen belehrt: Wenn sich heute, ein Jahr danach, etwas aus den Wurzener Verhältnissen ableiten läßt, dann das Folgende: Wurzen ist überall. Und der populäre Lokalreim, 'vor Wurzen wurds'm schlecht - nach Wurzen wurds'm besser' muß sich also - trotz poetischer Schwierigkeiten - auf ganz Deutschland erweitern lassen.

Faschistische Strukturen

Während Burkhard Schröder2 nur aus der Wurzen-Broschüre abschreibt und deshalb nicht mit neuen Erkenntnissen aufwarten kann, versuchen Lokalpolitiker, Lokalmedien, Polizei und Verfassungsschutz abzuwiegeln: Es gäbe keine Rechten mehr in Wurzen, die Lage habe sich inzwischen beruhigt, ohne daß ihnen auffällt, daß die meisten von ihnen schon vor einem Jahr steif und fest behauptet hatten, da es die Rechten gar nicht gibt.3

Der Demonstrationsaufruf zur Wurzendemo konstatierte, daß es sich in Wurzen nicht um ein lokalisierbares, räumlich begrenztes Faschozentrum handelt, sondern der gesamte Landkreis als faschistisches Zentrum anzusehen ist. Eine festgefügte, womöglich noch parteigebundene Faschostruktur mit Führerpersönlichkeiten war nicht auszumachen. Vielmehr hatte eine breite Bewegung rechter Jugendlicher mit diffusen Weltbildern die Hegemonie in den Schulen, Jugendclubs und auf der Straße errungen. Permanent wurden militante Aktionen gegen mißliebige Personen, zuallererst MigrantInnen und vermeintliche Linke, durchgeführt. Die lose Organisationsstruktur ermöglichte aber andererseits das Klischee vom armen, irregeleiteten Jugendlichen, der mit akzeptierender Jugendarbeit wieder zu integrieren sei. Als die Faschos sich durch die ganzen Vereinnahmungsversuche der Stadt zu sehr gehegt und gepflegt fühlten, besetzten sie kurzerhand einen alten Industriekomplex.4 Das Motto der Demonstration "Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen", meinte also nicht die kurz bevorstehende Zerschlagung der faschistischen Zentren durch Antifahand, sondern im Gegenteil das Eingeständnis, daß traditionelle antifaschistische Aktivitäten ihre Grenze erreicht haben, wo sie es nicht mit herkömmlichen faschistischen Zentren zu tun haben, sondern mit einer Situation, wie sie sich im Muldentalkreis präsentierte.

Die oben beschriebene Situation im Muldentalkreis hat sich in den letzten zwölf Monaten nicht grundlegend geändert. Die ca. 50 (vom BGR registrierten5) rassistischen und faschistischen Aktionen von Muldentaler Neonazis im Jahr nach der Demo sprechen eine deutliche Sprache. Die Palette reicht dabei vom Verteilen von Flugblättern und Hakenkreuzschmierereien über die Teilnahme an Demonstrationen, die Organisierung von Konzerten, Zeltlagern und Wehrsportübungen bis zu Angriffen auf Migranten und politische Gegner sowie Auseinandersetzungen mit der Polizei.6

Bei einer Analyse dieser Vorfälle ist jedoch zu beobachten, daß die Zahl der ungeplanten und unorganisierten Übergriffe im Vergleich zum Jahr vor der Demonstration leicht abgenommen hat, gleichzeitig jedoch die Zahl von organisierten Übergriffen, Veranstaltungen und Propagandaaktionen stark zugenommen hat. Dies hat

mehrere Gründe:
1.) Der Versuch von Seiten der lokalen Medien und Behörden, Wurzen wieder im rechten Licht erscheinen zu lassen, spiegelt sich auch in der verstärkten Vertuschung von rechtsradikalen Übergriffen wieder. Sie sind keine Randnotiz mehr Wert. Ganz im Gegenteil werden gewisse Vorfälle sogar lauthals dementiert.7
2.) Die Faschos sind im Lauf der Zeit ihrem Ziel, die Schaffung einer "befreiten Zone", immer näher gekommen. Die MigrantInnen, Punks und Antifas wurden (fast ausnahmslos) vertrieben. Die Vorherrschaft an den Schulen und in den Jugendclubs muß nicht mehr mit Gewalt erobert und gesichert werden, denn inzwischen wird sie von niemandem mehr angetastet.
3.) Wenn sich Faschos beweisen wollen, weichen sie in Ermangelung von geeigneten Anschlagszielen in Wurzen auf die umliegenden Kreise aus. Dort werden bevorzugt Jugendclubs überfallen.8 Die bislang nur innerhalb des Muldentalkreis bestehende enge Vernetzung wurde auf andere Regionen ausgeweitet. Konzerte, Partys, Zeltlager, politische Veranstaltungen und die Beobachtung von Prozessen gegen Kameraden finden in enger Zusammenarbeit mit Faschos vorallem aus Leipzig und den Kreisen Torgau und Oschatz statt.
4.) Als Reaktion auf die Demonstration und die Aktivitäten des BGR sowie im Zuge der Verschärfung des Vorgehens der sächsischen Polizei gegenüber imageschädigender Kriminalität patrouillieren die Soko Rex oder Polizei allabendlich durch Wurzen und den Muldentalkreis. Diese Präsenz dürfte ihre Wirkung auf die jugendlichen Faschos nicht verfehlt haben. Seitdem stehen legale Propagandaaktionen und gut vorbereitete militante Angriffe im Vordergrund.
5.) In der Faschoszene haben sich verschiedene Strömungen herausdifferenziert. Es ist aber bislang zu keiner Spaltung und Trennung gekommen. Bei allen größeren Events, sei es ein Fußballspiel9 oder eine NPD-Demonstration, erreicht die Mobilisierung alle Faschokreise. Die Herausbildung dieser Strömungen ist einerseits altersbedingt und anderseits politisch motiviert. Während die jüngeren Faschos mit der vorgefundenen Situation ganz zufrieden sind und sich auf das Ausleben in ihren subkulturellen Räumen konzentrieren (was gelegentliche Übergriffe keineswegs ausschließt), sind die älteren verschiedene Wege gegangen. Aus den Überresten der Wurzner Kameradschaft "Aktion Neue Rechte Muldentalkreis" ist der NPD-Kreisverband entstanden. Damit haben sich für sie neue Aktionsfelder ergeben, vorallem die Teilnahme an bundesweiten Faschoaktionen10 (siehe unten). Dagegen fahren die Faschos aus Grimma und umliegenden Dörfern auf den Ku Klux Klan ab und organisierten in letzter Zeit mehrere Treffen mit amerikanischen und britischen KKKlern, bei denen gemeinsam den bekannten Ritualen11 gehuldigt wurde. Andere wiederum organisieren Faschokonzerte, sind in die Kleinkriminalität abgerutscht oder Spießbürger geworden.
6.) Genau drei Monate nach der Antifa-Demo in Wurzen, am 16.2.1997 gründete sich in Wurzen ein Kreisverband der NPD, über den berichtet wird, daß es sich um "zumeist junge Parteifreunde" handelt.12 Es ist davon auszugehen, daß die noch aktiven Faschos aus der Kameradschaft "Aktion Neue Rechte Muldentalkreis" um Marcus Müller geschlossen in den neuen Kreisverband eingetreten sind. Deshalb wurde auch Marcus Müller zum Kreisvorsitzenden gewählt.
Diese Entwicklung stellte einen nicht unbedeutenden Bruch mit der Entwicklungsgeschichte der Wurzner Faschoszene dar, die sich bislang bewußt aus Parteistrukturen herausgehalten hat.13 Infolgedessen nahmen die Wurzner Faschos vermehrt an bundesweiten Faschoaktionen teil. So fuhren ca. 100 Kameraden aus Wurzen und Umland am 1.3.1997 zum Aufmarsch gegen die Wehrmachtsaustellung in München, die NPD hatte die Busse organisiert. Zwei Monate später, am 1. Mai, fand in Grimma die einzige erfolgreiche Ausweichkundgebung zum verbotenem NPD-Aufmarsch in Leipzig statt.14 An einem NPD-Aufmarsch in Zittau am 5.7.97 beteiligten

sich ca. 15 Faschos aus Wurzen. Mitte Juli fand im Muldentalkreis eine Sonnenwendfeier mit bundesweiter Bedeutung statt. Es beteiligt sich z.B. die Redaktion der JN-nahen bundesweiten Zeitschrift "Noie doitsche Welle", die dann auch einen Bericht darüber veröffentlicht. Schon vor den diesjährigen Hess-Aktionswochen legte die Kameradschaft Grimma-Trebsen einen Kranz am Grab von Hess in Wunsiedel nieder. Am 17.8.1997 fand dann in Hohburg bei Wurzen ein Faschoaufmarsch zu Gedenken von Hess statt.

Ein weiterer bedeutender Schritt raus aus der Faschosubkultur und rein in den rechten Mainstream ist die für 1998 geplante Kandidatur der in der NPD organisierten Wurzner Faschos bei den Kommunalwahlen.15

Offen ist zur Zeit noch, welche Auswirkungen der zur Zeit tobende innerparteiliche Streit im NPD-Landesverband Sachsen Auswirkungen auf den Kreisverband Muldental hat. Bei dem Streit geht es um die Haltung zu Günter Deckert. Während der in Leipzig wohnende stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesgeschäftsführer Jürgen Schön mit der Mehrheit der NPD-Sachsen inzwischen Kurswechsel vollzogen hat und sich von Deckert distanziert, hält eine Gruppe um Torsten Keil (ehemaliger NPD-Landesvorsitzender) an Günter Deckert fest. Marcus Müller hat zum einen gute Kontakte zu Torsten Keil, sie kennen sich noch aus den Zeiten, als sie in der Nationalistischen Front waren bzw. an NF-Wehrsportlagern teilgenommen haben, anderseits trifft sich der Kreisverband Muldental regelmäßig mit den Leipziger NPD-Kameraden, z.B. bei den Bündnistreffen "Ein Herz für Deutschland". Auch dürfte die NPD-Kreisverbandsgründung unter tatkräftiger Hilfe der Leipziger vonstatten gegangen sein. In der Sachsenstimme, dem Organ der NPD, wird Marcus Müller auch als "beliebt und geachtet" gelobt. Inzwischen publiziert die Kameradschaft Muldental aber im Sachsenspiegel, der Konkurrenzzeitung der Deckert-Anhänger.

Ein Jahr Perspektivendiskussion im BGR.

Die Demo war ein Erfolg, so der allgemeine Tenor der Nachbetrachtungen in linken Kreisen. Irgendwie waren alle berauscht von den 6000 TeilnehmerInnen, der selbstverständlich anmutenden Mißachtung des Vermummungsverbots, den kaputten Scheiben einer Bank, der durchweg guten Stimmung und all den anderen Sachen, die nunmal eine Demo attraktiv machen. Wieviel davon Ritual war, die Vorspiegelung falscher Tatsachen, die nichts damit zu tun haben, welche Interventionsmöglichkeiten die autonome Antifa wirklich noch beanspruchen kann, sei an dieser Stelle dahingestellt. Jedenfalls wurden mit der Demo und der vorausgehenden Kampagne doch einige Erfolge erzielt. Das von den Nazis besetzte Haus mußte aufgrund des öffentlichen Drucks geschlossen und zugemauert werden. Wurzen wurde zu einem Synonym für eine faschistische Hochburg, selbst Verfassungsschutz, Polizei und Gerichtsbarkeit sahen sich im Laufe der Demovorbereitung und im Nachgang zu verstärkten Aktivitäten (natürlich mit zweifelhaften Erfolgen) im Muldentalkreis gezwungen. Ebenfalls ein positives Ergebnis der Wurzen-Kampagne, ist die verstärkte Beschäftigung der Antifa mit der kulturellen Hegemonie der Rechten vor allem in den neuen Bundesländern. Wurzen galt uns als exemplarisch für eine faktisch "befreite Zone" der Nazis.

Heute wissen wir, daß eine Unmenge weiterer brauner Zonen zu benennen sind. Ein letzter, aber nicht ganz unwesentlicher Erfolg der Demo dürfte darin bestehen, daß sich mit dem BGR eine kontinuierlich arbeitende Antifa-Gruppe gebildet hat.

Das BGR ist nie davon ausgegangen, mit der Demo in Wurzen auf einen Schlag das Problem zu lösen. Mit einer solchen Illusion hätte das BGR die Analyse vom faschistischen Zentrum, wie es vorher keiner kannte (oder nannte) gleich zum Fenster rauswerfen können. Von Anfang an war klar, daß es auch nach der Demo in Wurzen weitergehen muß. Eine antifaschistische Kontinuität war angestrebt, die den rechten Konsens, die rechte Hegemonie in der Muldentaler Jugenkultur aus-

hebeln sollte, um wenigstens erstmal die Nische für alternative Ansätze (kultureller und politischer Prägung) zu schaffen.

Schön hatte man sich das ausgedacht.
Zuerst sollte auf "politisch-niedrigschwelliger" Stufe Kulturveranstaltungen organisiert werden, die erstmal das nichtfaschistische Potential in Wurzen ausloten sollten. Gleichzeitig strebte das BGR eine öffentliche Positionierung der parlamentarischen Institutionen im Muldentalkreis (Stadtrat Wurzen/Kreistag) gegen Rechts an. Im Nachklang der Demo wirkte ein solches Unterfangen nicht aussichtslos, denn in diesem Zeitraum grenzten sich doch so gut wie alle örtlichen VIPs von Rechts (und im selben Atemzug von Links) ab. Das BGR versprach sich damit eine politische Absicherung (weniger eine Unterstützung) der kulturellen Invasion. Außerdem verstanden wir diese Stellungnahme als Voraussetzung für unsere Teilnahme an der AG Jugendpolitik, die der Landkreis aufgrund der antifaschistischen Aktionen im Muldentalkreis eingerichtet hatte.
Eine eindeutige Abgrenzung dieses Gremiums, welches die Jugendarbeit im Muldentalkreis koordinieren sollte und eine gewisse Einflußnahme auf die Verteilung der sächsischen Staatsknete hat, die jetzt als Reaktion auf den öffentlichen Druck locker gemacht wurde, hätte indirekt auch die Teilnahme von Faschos ausgeschlossen und akzeptierende Jugendarbeit mit ihnen erschwert. Der Enthusiasmus nach der Demo beflügelte noch weiterreichende und gleichfalls schlitzohrige Pläne. Die freien Träger in Wurzen sollten politisch beeinflußt werden, um zu verhindern, daß unter ihrer Federführung weiterhin akzeptierende Jugendarbeit mit Faschos gemacht wird. Ja wir versprachen uns gar ein heimliches alternatives Zentrum in Wurzen, welches organisatorisch, finanziell und rechtlich unter der Obhut der freien Träger firmieren sollte. Inhaltlich könnte es aber den Keim einer regionalen Antifa in sich bergen. Das Fernziel hieß aber immer noch "Autonomes Jugendzentrum Wurzen". Nur war klar, daß sich dies von außen nicht einfach so installieren läßt und die 6000 DemoteilnehmerInnen hatten auch keins mitgebracht. Abgerundet wurden diese Perspektiven durch unseren Willen auch weiterhin Pressearbeit zu machen, das Stigma "rechte Hochburg Wurzen" wollte aufrechterhalten werden, sorgte dies doch dafür, daß die Politiker, Journalisten und Bullen vor Ort die Faschos nicht ganz so direkt hofieren konnten, wie sie es in der Vergangenheit gewohnt gewesen waren.

Lange Rede, kurzer Sinn.
Ist das Konzept auch noch so schön, es kann in die Binsen gehen. Und das ging es. Die politische Positionierung kam nicht zustande. Zu wenig Druck vom BGR und die unsägliche Totalitarismustheorie, die auch die regionalen Demokraten zur Genüge inhaliert hatten, ließen unser diesbezügliches Ansinnen irgendwann in einer Schublade verschwinden. Demzufolge war auch unser Plan an der AG Jugendpolitik teilzunehmen im Eimer. Zwar gab es noch einen mehr oder weniger regelmäßigen Kontakt zu Leuten aus Wurzen, die in diesem Gremium weiterarbeiteten, der Informationsaustausch mit ihnen läßt sich in der Rückschau aber nur euphemistisch als "konzeptionell" beschreiben. Aus der kulturellen Invasion wurden letztendlich vier Kinoveranstaltungen. Mit denen konnte man dann auch einige noch-nicht-Faschos aus der Kindergartenszene der Muldentalstadt erfreuen.
Der Anspruch, im rechten Hexenkessel Veranstaltungen anzubieten, die garantiert ohne Nazis über die Bühne gehen, realisierte sich jedenfalls eher über den Altersdurchschnitt des Publikums. Das politische Konzept, welches Polithardliner zu Cineasten werden ließ, wollte jedoch auch uns nach dem letzten Abspann nicht mehr so richtig einleuchten. Der Wunsch in Wurzen einen Selbstlauf in Gang zu setzen, blieb ein solcher. Durch die Kinoveranstaltungen ergab sich jedenfalls kaum ein Kontakt mit Wurzner Jugendlichen, die in Faschotown kontinuierlich kulturelle Kleinarbeit

verwirklichen könnten, deren einzigster politischer Akzent eine antifaschistische Einlaßkontrolle ist. Wir von BGR hatten uns mal wieder gründlich verrechnet. Denn war es noch richtig eine kontinuierliche Arbeit Vorort zu fordern, waren wir alles andere als in der Lage diese selbst zu übernehmen. Die Konzentration auf Kino, Party, Konzert hätte alle weiter Antifa-Tätigkeit von uns schon wegen des Zeitaufwands verhindert. Hauptgrund, warum wir das mit der Invasion beizeiten sein ließen, war aber, daß die von uns selbst geforderte politische Niedrigschwelligkeit, selbst auf uns zurückfiel. Wers nicht glaubt, daß sich eine relativ unpolitische Sozialarbeit praktisch mit einem linksradikalen Verständnis nicht verbinden läßt, der/die kann ja mal in so einem Pissnest wie Wurzen den Filmvorführer für die Population der unter 14-jährigen spielen. Für uns grenzte das jedenfalls an Schizophrenie. Die anderen Aspekte unserer Perspektivendiskussion nach der Demo, die Beeinflussung der freien Träger, Pressearbeit aber auch die "normalen" Aspekte von Antifa, wie Recherche etc. wurden nach und nach auf die lange Bank geschoben und hier wurden sie dann von anderen Geschichten fast völlig verdrängt oder sagen wir besser überdeckt. Höchstens die wenigen Antifas aus Wurzen haben mit Plakatierungen, Recherchen, einer Besetzungsaktion, der Mitarbeit in einer Prozeßgruppe16 u.ä. "traditionelle" Bereiche der Antifa-Arbeit im Muldentalkreis weiterverfolgt.

Denn das BGR gab es natürlich immer noch, nur verlagerte es teils bewußt, teils aber auch auf schleichendem Wege seine Arbeitsschwerpunkte. Mit den Planungen der Nazis am 1. Mai 1997 in Leipzig einen Aufmarsch noch nie dagewesenen Ausmaßes zu zelebrieren, stand das BGR nur scheinbar vor der Wahl weiterhin nur im Muldentalkreis nach den Rechten zu sehen oder aber die Organisation von antifaschistischen Gegenaktivitäten in Leipzig maßgeblich mit zu unterstützen. Denn nach der Nazi-Demo am 1. März in München war klar, daß auch in Leipzig, die Faschos aus den "befreiten Zonen" im Osten den Hauptteil der Faschohorden stellen würden (nach München fuhren aus Wurzen zwei Reisebusse mit Nazis). Der strukturelle Zusammenhang zwischen den Muldentaler Nazis und denen aus Leipzig wurde sowieso immer offensichtlicher. Außerdem gab es in Leipzig zu diesem Zeitpunkt keine Antifagruppe, die eine Gegenmobilisierung zustande bekommen hätte. Das ist kein Eigenlob, sondern die traurige Wahrheit. Also haben wir den Job übernommen, obwohl uns einleuchtete, daß damit die kontinuierliche Arbeit im Muldentalkreis vorerst auf Eis gelegt wird.

Die angekündigten 10000 Faschos marschierten am 1. Mai 97 noch nicht. Wir betrachten dies als Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung im autonomen Spektrum und denken, daß unsere Entscheidung, diese aktiv mitzubetreiben sinnvoll war. Natürlich mußten wir uns nach dem verhinderten Aufmarsch erstmal hinsetzen und überlegen, wie es denn eigentlich weitergehen soll. Ein konzeptionsloses Zappen zwischen den Brennpunkten wollten wir ja eigentlich nicht, auch wenn das hier jetzt so aussehen sollte.

Ausgehend von der Einschätzung, daß sich im Muldentalkreis nicht viel geändert hat, sich eine ähnliche Situation aber auch in Leipzig abzuzeichnen beginnt, haben wir neue Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Regional hieß dies also nicht nur Arbeit im Muldentalkreis, besonders in Wurzen, sondern eben auch selbiges in Leipzig zu versuchen. Von sozialarbeiterischen Experimenten hatten wir genug, das wollen wir in Zukunft sein lassen. Unser Hauptaugenmerk sollte in den besagten Bereichen der faschistischen Jugendkultur und den JN/NPD-Strukturen gelten und ganz speziell den Verbindungen, die in diesen Bereichen zwischen den oben genannten uns nahestehenden Regionen existieren. Hehre Ziele, die bis jetzt in bezug auf die Praxis nur ungenügend konkretisiert worden sind. Aber was sollen wir auch machen. Irgendwie haben wir den Ruf als funktionsfähige Antifa-Gruppe in der Region weg. Das heißt wir übernehmen mehr oder weniger viele Aufgaben bei Antifa-Events, die uns in

der Umgebung und im bundesweitem Maßstab wichtig erscheinen. Dazu kamen in der jüngsten Vergangenheit auch noch Prozeßbeobachtungen, die sich nicht nur auf Verfahren gegen Faschos oder Antifas im Muldentalkreis bezogen, sondern welche die Morde an einem Migranten und einem Schwulen durch Faschos in Leipzig zum Gegenstand hatten. Und die Teilnahme an den Vorbereitungen für Antifa-Aktionen gegen den geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai 1998 steht auch schon wieder ins Haus.

Verhalten der Justiz - Repression gegen Faschos

Auch hier hat sich in den vergangenen zwölf Monaten leider nicht viel geändert - wie auch, gehören doch die StaatsdienerInnen aller Couleur zum repräsentativen Querschnitt der Muldentaler Bevölkerung. Und deren Haltung zu Rassismus, Rechtsextremismus und Deutschtümelei ist ja seit langem bekannt. Nach wie vor werden kaum Prozesse gegen straffällige Faschos in Gang gebracht. Dies liegt einmal an der berechtigten Angst der Opfer, die sich damit einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für Leib und Leben aussetzen. Desweiteren müssen wir immer wieder erleben, daß Verfahren gegen Täter trotz ausreichender Beweise eingestellt werden. So wird der Prozeß gegen die Täter des Überfalls auf die Berggasse vom 21./22.01.95 seit der halbherzigen Verurteilung der ersten beiden Täter im April '96 weiter verschleppt. Hier sind ein Großteil der Täter bekannt und die Hauptakteure des Überfalls, unter ihnen Marcus Müller, stehen, obwohl nach den Aussagen bei den Bullen und auch während des Prozesses zweifelsfrei selbst von Mittätern benannt, bisher nicht auf der Liste der Angeklagten. Die unvertretbar milden Urteile - Bewährungs-, Geldstrafen und ein paar Monate Führerscheinentzug stehen in keinem Verhältnis zu der Schwere der Taten.

Vor Gericht werden, wie im Falle eines brutalen Überfalls auf die Insassen eines Autos im Januar '95, die Opfer in einer Art und Weise befragt, als seien sie die Täter. So mußte sich ein Angegriffener, der damals schwer verletzt wurde und seit dem Überfall schwerbeschädigt ist, von der Richterin mehrmals fragen lassen, warum die Täter ausgerechnet ihn zusammenschlugen, da er ja wohl irgendeinen Anlaß gegeben haben müsse, schließlich seien die anderen Insassen des Autos nicht verletzt worden. Andere ZeugInnen wurden von der Richterin nach Details befragt, an die sie sich nach zweieinhalb Jahren kaum erinnern konnten, um sie in lächerliche Widersprüche zu verwickeln. Es wird nicht die Glaubwürdigkeit der Täter, sondern die der Opfer und ZeugInnen in Frage gestellt.

Viele dieser Verfahren, die vor dem Amtsgericht Grimma stattfinden, werden durch die Richterin Haubold geführt, deren Auftreten und Prozeßführung den Vorwurf der Befangenheit bei weitem rechtfertigt.

Redlich Mühe gibt man sich jedoch bei einen Mammutprozeß gegen Punks (14 Angeklagte), der allerdings wegen der Beweisnot jetzt schon zum Fiasko für die Staatsanwaltschaft wird. Mit diesem Prozeß sollen die Punks, von denen fast alle sichere Alibis haben, unter Druck gesetzt werden. Dies kostete einem Punk mittlerweile sogar das Leben, da er mit diesem enormen Druck nicht mehr fertig wurde und Selbstmord beging.

In einem weiteren Verfahren, daß im Gegensatz zur üblichen Rechtsprechung steht und daher als Besonderheit im Muldentalkreis gewertet werden muß, wurde vor dem Amtsgericht Grimma im Oktober '97 das tragen von "Gaudreiecken" als nicht verboten erklärt. Dies wurde unter anderem damit erklärt, daß der Schriftzug nicht mit dem Original übereinstimme, das Abzeichen auf der falschen Seite der Jacke getragen wurde und eine ausreichende "Verbindung" zwischen dem "Stoffdreieck" und dem Uniformzeichen des "Bundes deutscher Mädel" (eine Teilorganisation der Hitlerjugend) nicht erkennbar sei.

Als im August '97 150 Faschos in Schildau feierten und es beim Eingreifen der Bullen zu

schweren Auseinandersetzungen kam, bei der es acht Verletzte gab und 81 Faschos festgenommen wurden, wurde die Beteiligung von Wurzner Faschos, die zunächst eingeräumt worden war, später vehement bestritten. Es gab eine ganze Serie von Artikeln und Kommentaren in der lokalen Presse die sich dagegen wandten und Wurzens Bürgermeister Pausch fragte, ob Wurzen denn jetzt schon in Leipzig begänne und erst in Dresden ende. Dabei hatte selbst die NPD die Verletzung ihres Kreisvorsitzenden des Muldentalkreises, Marcus Müller, bei dem "brutalen Polizeieinsatz" (Pressemitteilung der NPD) beklagt. Dagegen werden die Aktionen der Soko Rex immer wieder pressewirksam in Szene gesetzt. Mit Berichten über massive Personenkontrollen und Festnahmen soll der Eindruck erweckt werden, die Soko Rex und die Polizei gehen wirksam gegen Faschos vor. Jedoch sieht die Realität anders aus. Bullen und Soko Rex betreiben hauptsächlich sichtbare Prävention, indem sie nachts im Muldentalkreis Streife fahren und auch ab und zu ihre Broschüre "über die Geschichte von Skins, die nach einem Überfall im Knast landen" verteilen (LVZ, 30.08.97)17, aber konkrete Vorfälle werden ständig gedeckelt oder gar nicht erst gemeldet. In der lokalen Presse findet man kaum Berichte über Faschoaktionen im Muldentalkreis, obwohl laut selbst LKA-Angaben die Dunkelziffer jährlich in die Hunderte geht (LVZ, 11.09.96). So braucht es auch nicht zu überraschen, daß der Organisator der Busse für den geplanten NPD/JN Aufmarsch am 1.Mai '97 nicht nur NPD-Mitglied sondern auch Bulle ist.

Stadt- und Jugendpolitik

An der Einstellung der politisch Verantwortlichen in Wurzen und dem Muldentalkreis bezüglich der Bewertung und des Umgangs mit neofaschistischen Jugendlichen hat sich prinzipiell nichts geändert. Die besagte oberflächliche Beruhigung der Lage dient dabei der Stadt als Beweis, daß das Problem des Rechtsradikalismus offiziell nicht mehr existent ist. Ebenso trägt dazu bei, daß das Thema in der Presse beschönigend oder gar nicht mehr auftaucht. Für die städtischen Verantwortlichen und den Großteil der Bevölkerung scheint das Problem damit gelöst und die These von der Verschwörung der Presse und linksradikalen Kreisen bestätigt.

Auch in dem Bereich Jugendpolitik ist keine positive Veränderung der Situation zu erkennen. Nach dem altbewährten Motto "alle Jugendlichen zusammenzubringen"18 arbeiten Jugendamt und Jugend- und SozialarbeiterInnen unter Leugnung einer faschistischen Szene dieser in die Hände. So sehen sich die Faschokids in den mittlerweile vier existierenden Wurzner Jugendeinrichtungen - lediglich eine davon ist städtisch - nicht einer Konfrontation sondern einer unqualifizierten und konzeptionslosen Betreuung gegenüber, die noch nicht einmal mit der ohnehin zu kritisierenden "akzeptierenden Jugendarbeit" zu vergleichen ist. Während diese Angebote vorwiegend durch die jüngere Naziszene genutzt und dominiert werden, zeigen die älteren aktiven Faschos kein Interesse, sie verstehen sie lediglich als Rekrutierungsbasis. Als deren Treffpunkte gelten eher Diskotheken und Kneipen, von denen wiederholt Angriffe und Überfälle ausgingen. Nicht zu vergessen die Bestrebungen, ein eigenes Zentrum nach dem Muster des ehemals besetzten Faschohauses in der Käthe-Kollwitz-Straße aufzubauen. Als größtes Manko aber sehen wir, daß nach wie vor kein explizit linker Jugendtreff existiert, der als Basis für eine antifaschistische Arbeit im Muldentalkreis unablässlich ist und einen konkreten ersten Schritt bedeuten würde.

1 Selbst der Verfassungsschutz stellte fest, daß Wurzen das Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten sei (was wir allerdings nicht so eingeschätzt haben - unsere Analyse ging davon aus, daß Wurzen ein Zentrum aber nicht das Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten ist).

2 "Im Griff der rechten Szene", rowohlt, 1997, S. 89-162

3 Nur in lichten Momenten ist das LKA in der Lage, diese Einschätzung damit zu entwerten, daß die Beruhigung nur "an der Oberfläche" stattgefunden habe (LVZ 15.4.97). Und der Verfassungsschutz halbierte in einer Anfrage kurzerhand die Anzahl der Kameraden (150) und der Kameradschaften (6) im Muldentalkreis (Az: 63-0141.50/92, 22.3.97) im Vergleich zu seinen Angaben vor der Demonstration.

4 siehe auch: "Wurzen. Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklung im Muldentalkreis 1991-1996", S. 29-41, Restposten können beim BGR bestellt werden

5 Die Dunkelziffer geht selbst nach LKA-Angaben in die Hunderte (LVZ 11.9.96).

6 siehe Chronik "Rechtsextreme Aktivitäten und Übergriffe im Muldentalkreis bzw. durch Neonazis aus dem Muldentalkreis für den Zeitraum 16.11.1996-30.11.1997", BGR

7 So z.B. nach einer Party von 150 Faschos in Schildau im August 1997. Als diese wegen Skandieren von faschistischen Parolen von der Polizei aufgelöst werden sollte, kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, bei der u.a. Marcus Müller verletzt wird, wie der Bundessprecher der NPD in einer Presseerklärung mitteilt. In ersten Polizeiverlautbarungen ist davon die Rede, daß an der Party viele Wurzner und Muldentaler Faschos beteiligt waren. Die Woche darauf erscheint fast täglich ein Dementi. Am Ende ist davon die Rede, daß nur ein Wurzner dabei gewesen sein soll. Oberbürgermeister Wurzens, Anton Pausch: "Für viele scheint Wurzen in Leipzig zu beginnen und bis hinter Dresden zu reichen" (LVZ 27.8.97)

8 So z.B. in Eilenburg (4.12.96) und Delitzsch (29.8.97). Am 19.6.97 wurden in Leipzig 11 KirchentagsbesucherInnen von Muldentaler Faschos angegriffen und verletzt.

9 Marcus Müller, NPD-Kreisvorsitzender und ehemaliger Kameradschaftsführer, genießt noch so viel Respekt, daß beim Fußballspiel ATSV Frisch Auf Wurzen gegen FC Sachsen Leipzig am 27.8.97 der Faschos-Hool-Block auf seine Ankunft wartete, bis es "richtig los ging". Diese Anerkennung beruht natürlich auf Gegenseitigkeit.

10 Sogar an weltweiten Faschoaktionen, wie z.B. den Franco-Gedenktagen in Spanien, nehmen Wurzner Faschos (1997 waren auf jeden Fall Androsch und Marcus Müller dabei) teil.

11 Holzkreuze verbrennen etc.

12 Sachsenstimme März/April 1997. Dort weiter "(...) auf denen die große Verantwortung ruht, Ordnung und Sicherheit in dem von der PDS und ihren autonomen Schlägertrupps drangsalierten Muldentalkreis anzustreben."

13 Inzwischen entwickelt die NPD in Wurzen sogar eine gewisse Exklusivität, die Qualität statt Quantität garantieren soll. So waren bei einer NPD-Veranstaltung im November 1997 in Wurzen nur geladene Gäste zugelassen, was nicht als Sicherheitsmaßnahme gedacht war, sondern Faschodummköpfe draußen halten sollte.

14 Diesmal hatte die Busse ein Polizist organisiert, der NPD-Mitglied ist. (Bild 15.10.97)

15 Im Gegensatz zu Günter Deckert, der ankündigte, Oberbürgermeister von Leipzig werden zu wollen, stehen Chancen der Wurzner Faschos gar nicht mal so schlecht, ein paar Sitze im Stadtrat zu erobern.

16 welche vor allem Opfer beraten, schützen und bei der Wahrnehmung ihrer legitimen Rechte als Betroffene unterstützen soll (Anwälte beschaffen, Rechtsberatungen, Hilfe bei Neben- und Zivilklagen, Ermutigungen zu Anzeigen gegen TäterInnen u.ä.m.), zum andern ist es immens wichtig, die wenigen anstehenden Verfahren gegen Faschos zu begleiten - zum Schutz der Betroffenen und zur Absicherung einer optimalen Öffentlichkeitsarbeit.

17 Die Broschüre heißt "Christian und Co".

18 Als Folge der Geschäftigkeit im Umfeld der Demo wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche zwar offen für alle Jugendlichen in Wurzen ist, aber bisher kein Ergebnis auf der Habenseite verbuchen konnte.

tips & trix für antifas

Sorgenfrei in den Mai
Antifa-Selbstschutz zwischen Ignoranz und Panikmache

Wie mittlerweile wohl alle wissen, werden uns zum 1.Mai in Leipzig einige Tausend NPD/JN-Faschisten nicht erspart bleiben. Über die Gegenaktivitäten seid ihr an anderer Stelle bereits informiert worden. Im Folgenden wollen wir noch einmal darauf aufmerksam machen, daß besonders in den Nächten vor dem 1.Mai mit verstärkter Fascho-Präsenz, auf den Straßen zu rechnen ist.
Im letzten Jahr waren zu dieser Zeit die Plakat-Klebe-Teams der Faschos unterwegs. Häufig gesehen wurde ein älterer VW-Kleinbus (jetzt wahrscheinlich in schwarz). Die Besatzung klebte aber nicht nur NPD-Plakate, sondern machte auch Jagd auf vermeintliche Linke. Am Connewitzer Kreuz tauchten in den Nächten vor dem 1.Mai ebenfalls verstärkt Faschos in Autos auf.
Gerade für linke Wohn- und Kulturprojekte ist in diesen Tagen mit einer verstärkten Bedrohung durch Fascho-Übergriffe zu rechnen. Dabei spielt es keine Rolle, wenn Leute glauben, daß die Faschos gerade vor ihrem Aufmarsch nicht negativ in die Schlagzeilen kommen wollen. Durch den bevorstehenden Aufmarsch und die Anwesenheit einiger prominenter Fascho-Kader fühlen sie sich erst recht stark genug, wie die Aktivitäten im letzten Jahr gezeigt haben.
Nun soll das nicht bedeuten, das alle ihre Häuser und Wohnungen zumauern müssen und beten, daß der 2.Mai endlich kommt. Vielmehr ist es wichtig, das sich Einzelne und Gruppen mit der potentiellen Gefahr (die ja leider eigentlich immer besteht) nochmals auseinandersetzen.
Seid ihr also abends unterwegs, dann steckt vielleicht mal wieder ein CS-Gas oder andere Verteidigungshilfen ein. Geht ihr in Kneipen, die vielleicht Ziel eines Überfalls werden können, braucht auch der Spazierstock nicht zu Hause zu bleiben. Handschuhe und Halstücher sind in kühleren Aprilnächten ebenfalls nützliche Begleiter. Vielleicht wollt ihr euerer Leber mal was gutes tun, und schränkt den Alk-Konsum etwas ein, denn wer schlecht stehen kann, fällt schneller hin.
Nicht nur die Bullen werden außerdem verstärkt Leute ausschnüffeln, um von den Gegenaktivitäten zum 1.Mai zu erfahren. Deshalb auch in Kneipen nicht über alles quatschen!
An dieser Stelle nochmals der Hinweis:
Das Antifa-Sonder-Kommando sind wir alle!

Demo-Tips für AnfängerInnen und Fortgeschrittene

Die geistige Vorbereitung
Hat man für sich einmal entschieden an einer Demo teilzunehmen, dann wäre es als nächster Schritt ratsam, sich noch Gleichgesinnte bzw. FreundInnen zu suchen, mit denen man dort hin geht. Gut wäre, sich vorher einmal zu treffen (z.B. bei einem netten kleinen Frühlingsspaziergang), denn es ist von Vorteil über Aktionsformen, die eventuell einige von euch nicht mitmachen wollen (z.B. Polizeiautos mit Klopapier einpacken) zu reden. Es ist immer o.k., wenn Leute im Vorfeld sagen, daß sie bestimmte Sachen nicht mitmachen wollen, als vorher große Sprüche zu klopfen und im Ernstfall Abmachungen zu brechen.
Schön wäre natürlich auch, wenn man nicht nur so als Demo-KonsumentIn hingeht, sondern vielleicht auch Vorbereitungstreffen besucht, um so besser über den Stand der Dinge informiert zu sein oder die Demo im Vorfeld aktiv mitzugestalten.

Klamotten
Auffällige Kleidungsstücke, wie Jacken mit seltenen Schriftzügen (Bandnamen o.ä.) und bunte Mützen sind für diejenigen nicht ratsam, die vielleicht verbotene Sachen machen wollten. Solltest du mit Wasserwerfern rechnen (leider nie unwahrscheinlich) bieten sich wasserfeste Kleidungsstücke an. Handschuhe halten nicht nur die Hände warm, sondern verhindern auch Fingerabdrücke z.B. auf Blumen, die man Polizisten schenkt. Leider auf Demos verboten, aber bei Rangeleien mit den grünen Knüppelschwingern sehr praktisch sind Arm- und Beinschoner, die man unter den Klamotten trägt. Diese gibt's in jedem Sportgeschäft.

Vermummen - warum und wie

Immer wieder passiert es auf Demos, daß Leute einen fragen, warum man sich vermummt. Dabei wird oft damit argumentiert, daß man doch zu seiner Meinung offen stehen soll und daß man da auch sein Gesicht zeigen kann. Natürlich bleibt es jener/jedem selbst überlassen, ob er sein Gesicht unkenntlich macht oder nicht. Wir halten Vermummung bei Blockaden oder Demos auf jeden Fall für sinnvoll und zwar aus mehreren Gründen: Es ist nie ausgeschlossen, daß Faschos Fotos machen oder filmen. Polizei und Staatsschutz machen in jedem Fall Film- und Fotoaufnahmen von Demos, egal ob du im „schwarzen Block" mitläufst oder bei GewerkschafterInnen, und die Presse ist eh immer präsent. Wenn man auf eine Demo geht, dann zeigt man ja mit seiner Teilnahme bereits, daß man das Anliegen der Veranstaltung unterstützt. Da muß man das eigene Gesicht nicht am nächsten Tag in der Zeitung wiederfinden und der blockwartmäßige Nachbar läßt dann seinen Hund immer auf deinen Fußabtreter kacken.

Sich Vermummen bedeutet übrigens nicht automatisch mit der berühmten Haßmaske breitschultrig durch die Reihen laufen zu müssen oder die Bullen sinnlos zu provozieren. Zum einen ist die „Hassi" auf Demos verboten (zählt juristisch zu den „Defensiv-Waffen"), zum anderen gibt es noch eine Vielzahl Möglichkeiten, sein Gesicht vor ungewollten Fotografen zu schützen.

Am Bewährtesten sind da Basecaps oder Strickmützen, Sonnenbrillen, Kaputzenshirts und Halstücher. In dieser Kombination hat man den Rundumschutz, den sonst nur die Hassi bieten könnte. Aber wem das zu ernst ist, der oder die kann sich auch eine Faschingsbrille mit Riesennase besorgen, sein Gesicht mit Theaterschminke bemalen usw. Die Möglichkeiten sind groß und haben den Vorteil, daß sie nicht verboten sind. Zwar darf man juristisch gesehen natürlich auch kein Tuch über der Nase haben, aber das kann man ja im Bedarfsfall variieren.

Wichtig! Eine Vermummung ist nur sinnvoll, wenn sie auch die ganze Zeit getragen wird. Bereits am Demo-Treffpunkt werden immer von Presse und Polizei Film- und Fotoaufnahmen gemacht.

Wer nicht erkannt worden ist, hat später keinen Streß, egal ob er was verbotenes gemacht hat oder nicht.

Schon zu Hause: Taschen aufräumen und Demo-Zubehör auffüllen

Eine unumgängliche Standartprozedur vor jeder Demo oder Blockade ist das Aufräumen der eigenen Brief-, Jackentaschen und Rucksäcken. Jeder unnütze Gegenstand (Walkman u.ä.) ist zu Hause am sichersten (wegen eventueller Rangeleien oder Gedränge). Im Grunde brauchst Du nur:

- Personalausweis oder Reisepaß
- Kleingeld für eventuelle Telefonate (dazu später mehr)

Es lohnt sich auch einen Stift, Taschentücher, Trillerpfeife und Gummibärchen mitzunehmen.

Auf jeden Fall sollte man Adreßbücher, Privatfotos, Drogen usw. unbedingt zu Hause lassen. Über solche Beutestücke freuen sich nur die Bullen oder Faschos. CS-Gas, Taschenmesser in jeder Größe, Werkzeuge, Schreckschußpistolen, Knüppel o.ä. können bereits im Vorfeld zu Verhaftungen und lästige Strafen führen, weil sie gegen das Versammlungsgesetz verstoßen. Möchtest du auf einer Demo nicht unbewaffnet sein, kann man sich immer noch vor Ort etwas besorgen. Man muß immer davon ausgehen, daß die Bullen im Vorfeld Kontrollen machen. Nehmt das nicht auf die leichte Schulter.

Eine Demo dauert seine Zeit. Oft kommen noch Verzögerungen vor Ort hinzu. Deshalb solltest du dir unbedingt einige Snacks und alkoholfreie (!) Getränke mitnehmen. So bist du von Imbißbuden unabhängig, die eh meist geschlossen sind.

Während der Demo

Setzt sich eine Demo in Bewegung ist sie im allgemeinen von den VeranstalterInnen in Blöcke eingeteilt worden. Das hat seinen Sinn. Zum einen möchten die Leute meist in ihren politischen Zusammenhängen laufen und auch als solche erkannt werden (z.B. GewerkschafterInnen, Autonome oder der Verband der Kleintierzüchter). So könnt ihr euch den Block raussuchen, bei dem ihr euch am wohlsten fühlt. Auch soll das Front-

transparent von PassantInnen und Presse gesehen werden können. Deshalb bitte nicht so unverbindlich vorne weg laufen, bloß weil es vielleicht zu langsam voran geht.
Immer wieder passiert es auch, daß Leute neben der Demo laufen. Darüber ärgern sich die VeranstalterInnen ebenfalls. Seitentransparente werden nicht gesehen, die Demo vermischt sich mit dem Bullenspalier und diese haben es dann viel leichter, reinzuknüppeln.
Oft sieht man auf einer Demo auch Bekannte. „Besucht" sie vielleicht erst bei der Abschlußkundgebung oder noch später, denn das Hin- und Hergelaufe sorgt nur für Verwirrung.
Der Aufforderung „Ketten" zu bilden, sich also untereinander einzuhaken wird leider oft bei Demos nicht nachgekommen. Dennoch sind Ketten ein wirksamer Schutz vor polizeilichen Aktionen. Einzelne Leute können so nicht ohne weiteres aus der Menge gegriffen werden. Die Bullen machen das oft willkürlich, also daß es für euch schwer ist vorher einzuschätzen, ab wann man eine Kette bilden sollte. Bedenkt das, wenn ihr diese Aufforderung vielleicht für albern haltet. Wenn die Demo unterwegs stoppt: Bitte immer zusammenbleiben, auch wenn es etwas länger dauert.
Nicht selten laufen auf Demos Leute mit, die angetrunken sind, Bullen provozieren oder sonst wie nur an ihren eigenen Spaß auf Kosten der anderen denken. Laßt euch in keine Einzelaktionen mit reinziehen, die ihr für Schwachsinn haltet! Ignoriert solche Leute nicht, schmeißt sie aus der Demo raus, oder gebt den OrdnerInnen Bescheid. Alk hat auf Demos einfach nichts zu suchen! Das hat nichts mit Demo-Polizei-spielen zu tun, sondern ist wichtig, um nicht eine unkontrollierte Situation entstehen zu lassen, die die Bullen nutzen könnten, die Demo platzen zu lassen.
Eine Demo sollte lautstark sein, denn sie soll ja auch bemerkt werden. Das Rufen von Parolen ist da unumgänglich und gar nicht so peinlich, wie vielleicht einige denken. Habt ihr es mit dem Hals, können auch Instrumente zum Einsatz kommen.

Brenzlige Situationen

Solche bleiben, gerade bei Antifa-Demos leider fast nie aus. Da haben z.B. die Bullen kurzfristig die Demoroute geändert oder verkürzt, irgendwelche PKK-Anstecker gesehen und drohen die Demo aufzulösen. Oder es provozieren irgendwelche Faschos. Meistens kommt die Demo zum stehen bzw. das Bullen-Spalier wird verstärkt. Ein blödes Gefühl kriegen da eigentlich alle. Jetzt ist es vor allem wichtig, zusammen zu bleiben. Bestimmt möchten einige jetzt den Ort des Geschehens verlassen. Das ist zwar verständlich und im Grunde o.k., aber dennoch nicht ratsam. Nur die Demo als ganzes kann dir in dieser Situation einen wirksamen Schutz bieten. Stelle dir vor, du würdest den ganzen Weg allein oder zu zweit zurücklaufen, die Bullen verhaften vielleicht draußen willkürlich Leute und keine/r kriegt es mit, oder Faschos sind unterwegs. Ebenso falsch ist es, gleich Steine u.ä. zu schmeißen. Im Allgemeinen steht die Demoleitung in solchen Fällen mit den Bullen in Verhandlungen. Achtet auf Lautsprecherdurchsagen und bleibt zusammen! Manche denken, daß sie hinter einem eventuellen Bullenkessel einer Verhaftung entgegen könnten. Das ist zum einen nicht sicher, zum anderen löst sich so die Demo auf und ist für die Bullen leicht angreifbar.
Manchmal überstürzen sich auch die Ereignisse. Versucht immer zusammenzubleiben und euch gegenseitig zu helfen. Werdet ihr getrennt, macht euch vorher ein Rufwort aus, mit dem ihr wieder zusammenfindet. Dabei sind Phantasienamen (z.B. „Marzipan") sicherer als z.B. „Antifa-soundso".

Der Ermittlungsausschuß

Vor Demo-Beginn wird im Allgemeinen die Telefonnummer des EA's durchgegeben. Der EA hat die Funktion bei eventuellen Festnahmen sich um eine baldige Freilassung der Leute zu kümmern. Dazu braucht er deinen Anruf aus dem Bullengewahrsam oder die Nachricht deiner FreundInnen von deiner Verhaftung. Der EA hat Kontakt zu korrekten Rechtsanwälten und diese nerven dann die Bullen, damit alle möglichst schnell wieder raus kommen. Melde dich also unbedingt nach deiner Freilassung beim EA!

Verhaftungen

Leider kann es auch mal passieren, daß man verhaftet wird. Um so was nicht so folgenschwer zu gestalten, gibt es einige bewährte Handregeln, die in jedem Fall eingehalten werden sollten:
1. Mach andere auf deine Verhaftung aufmerksam. Teile ihnen, wenn möglich Name und Adresse mit, damit der EA Bescheid weiß und dir helfen kann.
2. Du bist nur verpflichtet deinen Namen, Geburtsdatum und -ort, Adresse und Berufsgruppe (Schüler, Student, Arbeiter,...) den Bullen mitzuteilen. SONST NICHTS!!
Solltest du verhört werden, dann halte dir das stets vor Augen. Oft tischt man dir dann Märchen auf, daß du erst wieder raus kommst, wenn du eine Aussage gemacht hast, drohen mit U-Haft, angeblichen belastenden Fotos, Zeugen u.ä. Oder ein netter Beamter will dich in ein

väterliches, kumpelhaftes Gespräch verwickeln. Manchmal bleiben auch Ohrfeigen nicht aus. Das ist alles Bullentaktik.
DAS EINZIGE, WAS DICH UND ANDERE JETZT WIRKSAM SCHÜTZT IST: KEINE AUSSAGEN MACHEN! (nicht mal ein bißchen!)
Deine Rechte nach einer Festnahme:
- den Grund deiner Festnahme zu erfahren
- alle Aussagen zu verweigern; (das wirkt sich bei einem eventuellen späteren Verfahren nicht negativ gegen dich aus)
- im Verletzungsfalle eine/n Arzt/Ärztin zu verlangen und die Verletzung attestieren zu lassen
- ein Protokoll über die beschlagnahmten Sachen zu erhalten
- einen Anwalt (EA) anzurufen und nächste Angehörige zu benachrichtigen (aber am Telefon nicht zu viel plappern!)

Bei solchen kurzfristigen Verhaftungen ist es im allgemeinen üblich, in größeren Gruppen zusammengesperrt zu sein. Erzählt euch keine Heldentaten von der Aktion!
Wirst du wieder entlassen, dann melde dich bitte sofort (!) beim EA. Fertige zu Hause gleich ein Gedächtnisprotokoll über die Umstände deiner Verhaftung an. Sollten die Bullen nach Monaten dir noch etwas anhängen wollen, hast du so eine Gedächtnishilfe über die damaligen Umstände, das ist echt wichtig. Bekommst du eine Vorladung geschickt, muß dein erster Weg zum EA sein!
Einiges klang vielleicht etwas gruselig und eher abtörnend, aber wir wollten natürlich niemanden verschrecken. Denn je besser man geistig auf solche Eventualitäten eingestellt bist, um so leicher wird man unangenehme Situationen meistern.

+49306182055 Hier der Text!

Wochenzeitung Jungle World

Jungle World ist links und frech (Die Zeit), kreativ, unkonventionell und witzig (Südwest 3 Fernsehen). Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir (taz). Stimmt alles. (Jungle World)

Aber das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Jede Woche berichtet Jungle World auf 32 Seiten über Wirtschaft, Politik und Kultur polemisch, zynisch, sachlich.

Das aktuelle Thema auf zwei Extra-Seiten # Jede Woche Streit in der Disko: Whats left # Vier Seiten Hintergrund: Analyse und Kritik # Acht Seiten Dschungel: Literatur, Pop, Film, Theater, Kunst, Kulturpolitik, Medien, Reportagen # Die einzige Wochenzeitung mit Antifa-Seite und Sport-Teil!

Und: Wie jede anständige Wochenzeitung erscheint Jungle World donnerstags und kostet vier Mark. (Zitty, Berlin)

Probeabo: 4 Wochen Jungle World probelesen für 10 Mark (statt 16 Mark am Kiosk). Das Probabo läuft nicht automatisch weiter. Zehnmarkschein oder einen Scheck beilegen~~en~~.

Jungle World, Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin*

* Habe ich (sorry)

Fax Ende+++